

2. Von der Ideologie zur Wirklichkeit?

Populismus im ideational approach

Unter den verschiedenen Ansätzen der Populismusforschung haben sich in den letzten Jahren diejenigen am erfolgreichsten etabliert, die Populismus als eine Ideologie oder als eine Konstellation von Ideen begreifen. Dieser meist als *ideational approach* betitelte Zugang ist zwar der jüngste unter den hier untersuchten. Dennoch dient er heute dank seiner systematischen Untersuchungen sowie seiner reduzierten und gut operationalisierbaren Populismusdefinitionen als Grundlage vieler empirischer Studien populistischer Einstellungen, Diskurse und Parteien.

Seine wesentlichen Impulse gehen auf frühe radikaldemokratische Arbeiten vor allem von Margaret Canovan sowie auf die morphologische Ideologieforschung Michael Freedens zurück. Die zentralen Texte, vor allem des niederländischen Parteienforschers Gas Mudde und seines chilenischen Kollegen Cristóbal Rovira Kaltwasser, sind ab 2004 angesichts des Auftriebs populistischer radikal rechter Parteien in Europa zu Beginn der 2000er-Jahre einerseits und des neoliberalen Populismus der 1990er in Lateinamerika andererseits entstanden. In Hinblick auf diese geografische wie ideologische Vielfalt populistischer Parteien stand und steht die Frage nach einem kleinsten gemeinsamen Nenner populistischen Denkens im Mittelpunkt der ideologietheoretischen Texte. Seitdem sind nicht nur die Definitionsvorschläge des *ideational approach* in der Populismusforschung beinahe konsensfähig geworden, sondern er hat sich auch zu einem eigenständigen Forschungsprogramm verbreitert (vgl. Hawkins/Kaltwasser 2019).

Die liberale Modernisierungstheorie, die eingangs als theoriegeschichtlicher Ursprung der Populismustheorie dargestellt wurde, ist hier schon kein bedeutender Bezugspunkt mehr. Weder schließt der *ideational approach* an sie an, noch steht er in einem polemischen Verhältnis zu ihr. Das große Anliegen etwa der radikaldemokratischen Autor*innen gegenüber der Modernisierungstheorie, Populismus nicht länger als eine bloße Pathologie bestimmter, krisenhafter sozialer Verhältnisse zu begreifen (siehe die Einleitung zu Kapitel 4), ist für den *ideational approach* selbstverständlicher Ausgangspunkt. Gleichwohl ist er eindeutig liberal ausgerichtet und greift einige Elemente des liberalen Antipopulismus auf, der auch der Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er-Jahre eigen war.

Im Fokus steht nicht, wie in den Cleavage-Theorien, die Nachfrageseite des Erfolgs populistischer Parteien – warum stimmen so viele Wähler*innen für populistische Parteien? – sondern vor allem die Angebotsseite: Wie und unter welchen Kontextbedingungen können populistische Parteien diese Nachfrage in politischen Erfolg ummünzen? Den Forschungsansätzen in der Tradition der Modernisierungstheorie halten die Vertreter*innen des *ideational approach* vor, diese Angebotsseite systematisch zu vernachlässigen – nicht zu Unrecht, wie die Untersuchung zeigen wird (siehe Abschnitt 2.2.3). Ebenso verweigern sie sich der Gegenüberstellung kultureller und ökonomischer Erklärungsansätze, da beide zu sehr auf die Nachfrageseite fokussieren.

Sie selbst folgen zwar im Prinzip der radikaldemokratischen Deutung von Populismus als Produkt und Symptom demokratischer Legitimationsprobleme, verzichten dabei aber weitgehend auf eine größere demokratietheoretische Herleitung. Stattdessen sind sie einer vergleichend-empirischen Perspektive auf das Phänomen verpflichtet. Populismus ist hier nicht mehr und nicht weniger als eine weitverbreitete Ideologie mit wenigen, genau bestimmbar Elementen. Diese Elemente möglichst präzise zu erfassen, steht im Fokus. Dabei treten durchaus Differenzen zutage, die auf verschiedene Demokratieverständnisse und Gesellschaftsbilder hindeuten. Gerade weil diese positivistische Bestimmung von Populismus als Ideologie als beinahe voraussetzungslos erscheint, lohnt es, ihre gesellschaftstheoretischen Grundlagen auszuleuchten. Im Folgenden stehen dabei die Bücher und Artikel Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwassers im Mittelpunkt. Sie haben sowohl mehrere grundlegende Werke zum Populismus als solchem vorgelegt als auch viele Forschungsarbeiten zu populistischen und nicht-populistischen radikal rechten Parteien. Ergänzend wird die ebenfalls weit rezipierte ideengeschichtliche Annäherung Jan-Werner Müllers untersucht.

2.1 Autoritarismus und Ideologie

Unabhängig davon, ob man die Grenzen eines *ideational approach* eng oder weit fasst, verstehen alle Vertreter*innen Populismus zunächst als ein geistiges Phänomen. Ob sie als Terminus Diskurs, Idee, Weltanschauung oder Ideologie bevorzugen – gemeinsam ist ihnen, Populismus über bestimmte Inhalte zu bestimmen. Populistische Einstellungen können in dieser Perspektive sowohl auf Massen- als auch auf Partei- und Elitenebene auftreten, als bloße Meinung oder als explizit politischer Diskurs.

Eine so umfassend ideelle Herangehensweise wirft sogleich die Frage auf, inwieweit dieses geistige Phänomen auch eine politische und eine gesellschaftliche Erscheinung ist. Welche gesellschaftlichen Funktionen erfüllt Ideologie? Lässt sich eingrenzen, wer mit welchen Intentionen und Interessen die populistische Ideolo-

gie produziert, aufgreift und reproduziert? Kann der *ideational approach* klären, inwiefern Populismus – insbesondere in Verbindung mit autoritärer Ideologie – bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entspringt?

2.1.1 Der Begriff der Ideologie

Die heute weithin akzeptierte Standarddefinition populistischer Ideologie hat Cas Mudde bekanntlich bereits 2004 formuliert:

»I define populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people« (Mudde 2004: 543).

Bevor die verschiedenen inhaltlichen Elemente dieser Definition näher untersucht werden, lohnt ein Blick auf den Begriff Ideologie selbst. Selbstverständlich ist er hier im positivistischen, wertfreien Sinne verwendet, sodass er zunächst schlicht jede halbwegs kohärente Vorstellung davon meint, wie die Welt ist oder wie sie sein soll. Insbesondere bezeichnet »Ideologie« hier nicht, wie im marxistischen Verständnis, pejorativ ein falsches, verzerrtes Bewusstsein gesellschaftlicher Verhältnisse. Ideologie wird im *ideational approach* meist synonym mit »politischem Denken« insgesamt verwendet. So verstehen Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser Ideologie als »a body of normative ideas about the nature of man and society as well as the organization and purposes of society« (Mudde/Kaltwasser 2017: 6).

Mudde, und in der Folge sämtliche der an ihn anschließenden Vertreter*innen des *ideational approach*, entlehnen ihr Verständnis von Ideologie dem morphologischen Ansatz des britischen Ideologieforschers Michael Freeden. In seiner Perspektive gibt es kein Außerhalb der Ideologie, da jegliche Kartierung oder Interpretation der politischen und sozialen Welt – und ohne eine solche wäre kein Handeln möglich – Ideologie ist (vgl. Freeden 2003: 2). Dieses zwar konstruktivistische, aber betont wertfreie, deskriptive Ideologieverständnis ist insbesondere für die empirische Populismusforschung attraktiv, da es die Nachfrageseite der Politik und ihre Angebotsseite, das heißt das, was Parteien und Regierungen als politische Alternativen für die Bürger*innen zur Auswahl stellen, miteinander verbindet. Die deskriptiven Kriterien für Populismus als Ideologie können auf subjektive Überzeugungen ebenso wie auf Partei-Manifeste, Reden usw. angewendet werden. Zudem schließt es vereinfachte Vorstellungen aus, die politisches Denken als eine irgendwie unmittelbare Reaktion auf soziale Veränderungen oder als bloßes Ergebnis einer Manipulation durch Eliten verstehen, indem es unterstreicht, dass Ideologie immer eine unhintergebar normative Interpretation sozialen Wandels ist.

Besonders einschlägig für den *ideational approach* ist Freedens Unterscheidung zwischen »full« und »thin-centred ideologies« (Freeden 1996: 485). Freeden benutzt sie, um der reduzierten thematischen Breite feministischen und grünen politischen Denkens, aber auch des Nationalismus (vgl. Freeden 1998), Rechnung zu tragen. Gegenüber Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus, die jeweils umfassende Antworten auf sämtliche große politische Fragen vorbringen, begnügen sich dünne Ideologien mit einem Kern aus einem oder zwei Themen und nur wenigen politischen Begriffen. Inhaltliche Spannbreite können sie nur gewinnen, indem sie Anleihen bei vollen Ideologien nehmen oder sich gar an sie als »host ideology« (Freeden 1996: 509) anfügen. Der Populismusforschung ermöglicht diese Unterscheidung, in verschiedenen populistischen Diskursen trotz ihrer oft beklagten Unbestimmtheit und politischen Wandlungsfähigkeit eine gemeinsame inhaltliche Substanz zu erkennen, ohne ihre ideologische Vielfalt und Flexibilität zu leugnen. Populismus ist für sich genommen nicht links oder rechts, er hat für sich genommen beinahe kein eigenes Programm. Populismus als Ideologie kann, so Mudde und Kaltwasser, überhaupt nur in Verbindung mit vollen Ideologien existieren, da er selbst keine Antworten auf die politischen Fragen moderner Gesellschaften liefern kann. Er braucht also weitere ideologische Elemente, um eine breitere Öffentlichkeit wirkungsvoll politisch ansprechen zu können (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 6).

Ist er dann aber überhaupt guten Gewissens als Ideologie zu bezeichnen? Weder gemessen an Muddes und Kaltwassers eigener Rede von »bodies of normative ideas«, noch im Sinne Freedens scheint die außerordentliche Begrenztheit populistischer Themen diesen Namen zu verdienen. Vermag das einzige eigene Thema des Populismus, der Konflikt zwischen dem guten, aber unterdrückten Volk und der korrupten, aber herrschenden Elite, eine eigenständige Mobilisierungswirkung zu entfalten?

Michael Freeden selbst hat der Anwendung seines Konzepts der dünnen Ideologie – das von ihm übrigens nie systematisch entwickelt wurde (vgl. Aslanidis 2016: 90f.) – auf den Populismus widersprochen. Denn anders als feministische und grüne Ideologie hat der Populismus laut Freeden erstens keine positive, selbstbewusst artikulierte inhaltliche Stoßrichtung politischer Veränderung, sondern belebt lediglich »primordial social intuitions« (Freedon 2017: 3) neu. Zweitens ist die Volk-Elite-Entgegensetzung beim Populismus gerade nicht die Basis für eine mögliche inhaltliche Verbreiterung, sondern schon das ganze Programm; der Populismus hat gar kein Interesse daran, seine ideologische Ansprache zu verbreitern. Für Freeden ist er zu dürr, um auch nur dünn genannt zu werden.

Dass Mudde und Kaltwasser dennoch am Genus »Ideologie« festhalten, liegt am genannten Anspruch, Angebots- und Nachfrageseite zu integrieren. Mudde hat für die Erforschung der populistischen radikal rechten Parteien ausdrücklich das Programm ausgegeben, nicht länger der vorherrschenden Fokussierung auf die Nachfrageseite radikal rechter Politik zu folgen. Dieser, von Mudde in Bezug auf

eine Formulierung von Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann (Scheuch/Klingemann 1967) als »normal pathology thesis« bezeichneten Forschungstradition gemäß sind radikal rechte und populistische Einstellungen eine pathologische, randständige Ausnahme gegenüber normalen, Mainstream-Ideologien in westlichen Demokratien. Die modernisierungstheoretischen Pioniere der Erforschung der radikalen Rechten wie Daniel Bell, Richard Hofstadter und Seymour Martin Lipset gingen davon aus, dass dennoch in allen westlichen Gesellschaften ein kleines, strukturell bedingtes Zustimmungspotenzial für sie existiert. Dafür machten sie vor allem psychologische Pathologien wie Paranoia, Verschwörungsdenken sowie tief sitzende Feindseligkeiten gegenüber Minderheiten verantwortlich. Die politische Aktivierung dieser Pathologien und ihr zeitweiliger Erfolg auch jenseits dieses begrenzten Potenzials führen sie auf schnellen sozialen Wandel und damit einhergehende extreme, krisenhafte Umstände zurück (vgl. Mudde 2010: 1170). In dieser Perspektive spielen die konkrete Ideologie und das tatsächliche politische Handeln radikaler und extrem rechter Parteien selbst kaum eine Rolle. Mudde stellt nun infrage, dass die Ideologieelemente populistischer radikal rechter Parteien Randphänomene seien, gar etwas Krankhaftes. Anders als die Ideologien der offen demokratiefeindlichen extrem rechten Parteien seien sie lediglich eine »radical interpretation of mainstream values, or more akin to a pathological normalcy« (ebd.: 1167). Empirisch könne gezeigt werden, dass Kernelemente der populistischen radikal rechten Ideologie vom Mainstream sowohl auf Massen- als auch auf Elitenebene geteilt werden, wenngleich oft in moderaterer Form (vgl. ebd.: 1187). Das hält der Ideologiebegriff hier fest: Populistisches und radikal rechtes politisches Denken ist weit verbreitet und kann weder auf psychische Pathologien noch auf bloße parteipolitische Beeinflussung reduziert werden, wie es etwa die Bezeichnungen »Propaganda«, »Demagogie« oder »Agitation« nahelegen würden. Die politische Nachfrage nach populistischer und radikal rechter Ideologie ist damit für den *ideational approach* nicht länger ein Rätsel, sondern schlicht eine Voraussetzung. Laut Mudde wird sie ganz von selbst von den »complex multiethnic western democracies« (ebd.: 1179) erzeugt. Seine eigentliche Frage ist, wie und unter welchen Bedingungen welche Arten von Parteien mit populistischer Ideologie den offenbar fruchtbaren gesellschaftlichen Nährboden politisch zu bestellen vermögen. Zur Erklärung der Wahlerfolge populistischer Parteien rücken also die Parteien selbst in den Mittelpunkt und ihre angebotsseitigen Kämpfe um die Salienz bestimmter Themen und die Besetzung bestimmter Positionen.

Mainstream-Elemente populistischer Ideologie sind laut Mudde etwa die Betonung des demokratischen Versprechens einer am besten unbeschränkten Volkssouveränität und ein Misstrauen gegenüber gesellschaftlichen Eliten (vgl. ebd.: 1175). Ob diese Elemente als populistische Ideologie bezeichnet werden können, bleibt indes auch innerhalb des *ideational approach* eine offene Frage. So stellen Hawkins und Kaltwasser fest, dass auf Individualebene populistische Einstellungen statis-

tisch nicht konsistent mit der Wahl populistischer Parteien korrelieren. Sie folgern, dass populistische Ideen möglicherweise keine bewussten Einstellungen sind, wie Wähler*innen sie etwa zu Themen wie Rentenreformen oder Abtreibungsgesetzgebungen haben, sondern »a latent demand or a *disposition* [...] *that must be activated through context and framing*« (Hawkins/Kaltwasser 2019: 7, Hrvh. i. O.). Wenngleich sie »Disposition« hier nicht im psychoanalytischen Sinne als unbewussten Persönlichkeitszug verstanden wissen wollen, nähern sie sich damit doch wieder der von Mudde zuvor abgelehnten psychischen Charakterisierung populistischer Ideologie. Zugleich halten sie daran fest, dass diese populistische Disposition nicht durch irrationale Agitation oder als verschobene Reaktion auf eigentlich andere Probleme erweckt wird, sondern realitätsgerecht durch »widespread failures of democratic governance that can be attributed to intentional elite behaviour« (Hawkins et al. 2020: 286). Könnten die vermeintlichen populistischen Einstellungen dann aber nicht auch schlicht als angemessene Kritik bezeichnet werden?

Muddes Umkehrung der »normal pathology«-These ist durchaus radikal. Die Trennung zwischen Ideologien des Mainstreams und populistischer radikaler Parteien zu hinterfragen, bringt deren breite gesellschaftliche Verankerung zu Bewusstsein. Auch der Versuch, Elite- und Massenebene als verbunden zu betrachten, nimmt Populismus als gesellschaftliches Phänomen in den Blick. Populistisches politisches Denken tritt in weiten Teilen der Wähler*innenschaft, in der politischen Elite und in verschiedenen ideologischen Schattierungen auf. Nachfrage nach populistischer und radikal rechter Ideologie ist stets gegeben, entscheidend für den politischen Erfolg sind daher das politische Angebot und die konkreten Opportunitätsstrukturen.

Aber der dafür in Anspruch genommene positivistische Ideologiebegriff stellt zugleich den Blick auf das Gesellschaftliche. In seiner inhaltlichen Begrenztheit und theoretischen Abstraktheit hat Populismus als Ideologie scheinbar keinen Ausgangspunkt mehr, erfüllt keine Funktion und bedient kein Interesse mehr – er ist einfach da. Er ist schlicht eine von vielen subjektiven Mustern zur Interpretation der sozialen Welt. So richtig es ist, populistisches Denken nicht einfach als Ausdruck psychischer Deformationen zu begreifen: Wird es hier nicht zu einer schlichten, ungesellschaftlichen Tatsache?

Jan-Werner Müller umgeht in seiner Variante des *ideational approach* die Frage nach dem Genus des Populismus weitgehend. In seinem weit rezipierten Essay *Was ist Populismus?* (Müller 2016a) benutzt er zwar an einigen verstreuten Stellen den Begriff »Ideologie«, erläutert ihn aber nicht.¹ Wie Mudde verwendet er »Ideologie« rein

1 In einem späteren Artikel spricht er sich sogar explizit dagegen aus, Populismus als eine neue Ideologie zu betrachten. Damit will er allerdings nicht für einen alternativen Begriff argumentieren, sondern unterstreichen, dass populistische Parteiprojekte weniger durch bestimmte Überzeugungen als durch persönliche Bereicherung und Machtwillen angetrieben

deskriptiv und denkt populistische Ideologie als weniger umfangreich im Vergleich zu Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus (vgl. Müller 2016a: 129). Stärker als Mudde stellt er dabei den Zusammenhang von Ideologie und Praxis her. Ideologien sind nicht nur Interpretationsmuster, sondern versprechen gerade den »gewöhnlichen Männern und Frauen« auch »plausible Lösungen für ihre Probleme« (Müller 2013: 8). Aus diesem Versprechen besser funktionierender politischer Institutionen ist die Attraktivität von Ideologien zumindest in der Rückschau auf das 20. Jahrhundert zu begreifen. Beim gegenwärtigen Populismus greifen Ideologie und Praxis in der Form ineinander, dass einerseits ihre Ideologie es den Populist*innen erlaubt, ihre Herrschaftstechniken in einer demokratisch klingenden Sprache mit einem großen moralischen Gestus zu rechtfertigen. Insbesondere die Vereinnahmung des Staates, Wähler*innenbindung durch Massenklientelismus sowie Repression gegenüber Zivilgesellschaft und Medien lassen sich mit dem moralischen Alleinvertretungsanspruch des Populismus offen rechtfertigen (vgl. Müller 2016a: 90). Andererseits vergegenständlichen sie ihre Ideologie, insbesondere ihre spezifische Vorstellung des »Volkes«, etwa in repräsentativen Bauprojekten (vgl. Müller 2023).

Insgesamt scheint der positivistische Ideologiebegriff des *ideational approach* in seiner breiten Anwendbarkeit zunächst gut für das gesellschaftliche Phänomen »Populismus« geeignet. Die Verbindung von Angebots- und Nachfrageseite sowie die Unterscheidung eines inhaltlichen Kerns von wechselnden möglichen ideologischen Anbauten bieten der Populismusforschung einen deskriptiven Zugriff ohne Festlegung auf eine bestimmte kausale Erklärung.

Diese deskriptive Breite ist allerdings mit einer geringen begrifflichen Tiefe erkaufte. »Ideologie« wird austauschbar mit »Weltanschauung« oder »Idee« verwendet, ohne ihre gesellschaftliche Produktion, Verbreitung und Bedeutung sowie die möglicherweise verschiedenen Funktionen für Wähler*innen, Agitator*innen und Parteien näher zu erläutern.

2.1.2 Die Elemente populistischer Ideologie

Wie wirken sich nun diese Schwächen des deskriptiven Ideologiebegriffs auf die Charakterisierung der inhaltlichen Elemente der populistischen Ideologie aus? Vorab ist hervorzuheben, dass Mudde sehr deutlich zwischen dem Populismus als solchem und der populistischen radikalen Rechten als seiner häufigsten ideologischen Erscheinungsform unterscheidet. Bei populistischen radikal rechten

werden (vgl. Müller 2019b). Zuletzt akzeptierte er zwar, dass der *ideational approach* in der Populismusforschung weitgehend Konsens geworden ist, schloss sich ihm aber nur implizit und mit Einschränkungen an (vgl. Müller 2022: 13).

Parteien ist Populismus nur eins von drei ideologischen Elementen, neben Nationalismus und Autoritarismus. Deren Verbindung mit dem Populismus ist für Mudde kontingent, wenngleich in der Praxis die häufigste. Explizit differenziert Mudde daher auch die Ursachen populistischer Wahlerfolge je nach Wirtsdeologie: Häufig seien spektakuläre Erfolge populistischer Parteien und Bewegungen, etwa bei der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA oder dem Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich, gar nicht auf das populistische Ideologeelement zurückzuführen, sondern auf Nationalismus oder Autoritarismus. Der Populismus ist, bis auf Ausnahmen, gegenüber der Wirtsdeologie sekundär (vgl. Mudde 2021a: 579f.).

Die populistische Ideologie als solche besteht laut Muddes Definition aus drei Begriffen, deren Rolle im Folgenden kurz näher beleuchtet wird: das Volk, die Elite und der Gemeinwille.

Populistische Ideologie idealisiert das Volk als homogenes, moralisch reines und souveränes Subjekt, dem die ebenfalls homogene, aber moralisch verdorbene und korrupte Elite gegenübersteht. Mudde und Kaltwasser bezeichnen die populistische Ideologie daher als monistisch. Sowohl die Interessen des »Volks« als auch der »Elite« dulden keine innere Differenzierung. Dieses Kriterium des »Monismus« ist allerdings weniger tauglich, als es auf den ersten Blick wirkt. Der Vorwurf, populistische Ideologie homogenisiere grundsätzlich die Identität und die Interessen des Volkes lässt sich empirisch nicht halten. Auf der Linken ist diese Diskrepanz besonders deutlich. Mudde und Kaltwasser führen neben *Podemos* und *Syriza* die spanische Protestbewegung der *Indignados* und die US-amerikanische Bewegung *Occupy Wall Street* als Beispiel linker populistischer Mobilisierung an (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 48). Die beiden letztgenannten trugen aber mitnichten essentialisierte, homogene Volksbegriffe vor sich her, sondern verstanden sich selbst vielmehr als Verbindungen verschiedener Forderungen und begrüßten ausdrücklich ihre interne Heterogenität. Auch Mudde und Kaltwasser geben das zu: »both movements tried to develop a definition of ›the people‹ that was inclusive to most marginalized minorities – including ethnic, religious, and sexual« (ebd.). Derselbe Widerspruch fällt in ihrer Charakterisierung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales und seiner Partei MAS auf. Er ist einerseits der »prototypical case of ethno-populism« (ebd.: 72f.). Zugleich aber erkannte er neben der eigenen auch andere indigene Gruppen, Menschen mit sowohl weißen als auch indigenen Vorfahren sowie die Weißen als Teil des bolivianischen Volkes an. Muddes und Kaltwassers Definition, der zufolge populistische Parteien notwendig einen antipluralistischen, homogenen Volksbegriff verwenden, schließt also einige der linken Bewegungen und Parteien aus, die sie selbst als populistisch einordnen.

Aber auch rechte populistische Parteien, die natürlich eine stärkere ideologische Affinität dazu haben, können nicht ohne Weiteres auf einen homogenen Volksbegriff pochen. Wollen sie elektoral erfolgreich sein, müssen sie soziale Heterogenität zumindest teilweise anerkennen und versuchen, die Bedürfnisse verschiedener

Gruppen ideologisch miteinander zu verbinden. Giorgos Katsambekis und Yves Surel weisen etwa auf entsprechende Entwicklungen innerhalb des französischen *Rassemblement National* hin, die am ehesten als Bewegung zu einem »catch-all populism« (Surel 2019) gedeutet werden können. Verschiedene soziale und ökonomische (wohl-gemerkt nicht: ethnische) Gruppen werden in ihrer Unterschiedlichkeit auf Marine Le Pen als starke und patriotische Anführerin vereinigt (vgl. Katsambekis 2022: 65).

Mudde und Kaltwasser versuchen diesem Widerspruch zwischen ihrer Definition und den tatsächlichen Populismen durch eine begriffliche Differenzierung von »exclusionary« und »inclusionary populism« beizukommen. Doch auch sie kann den Widerspruch letztlich nur verschieben. Wiederum mit Blick auf u.a. Morales schreiben sie, dass sein Volksbegriff zwar tatsächlich *vorwiegend* inklusiv sei, aber eben nicht völlig, da er in seinem zugleich ja anti-elitären Diskurs schließlich die Anführer und Mitglieder des politischen Establishments implizit vom »Volk« ausschließe. Damit eröffnet er eine Schmitt'sche Freund-Feind-Unterscheidung, die beide Seiten erst zu homogenen Einheiten macht (vgl. Mudde/Kaltwasser 2013: 165).

Wird aber »homogener Volksbegriff« so weit ausgelegt, ist Monismus letztlich bloß ein Aspekt des Volk-Elite-Manichäismus: Wer streng zwischen Volk und Elite trennt, setzt demnach notwendig beide auch als in sich homogene Entitäten voraus, unabhängig von der tatsächlichen positiven Charakterisierung des »Volkes«. Als echten Pluralismus präsentieren Mudde und Kaltwasser demgegenüber unter Bezug auf Robert Dahl eine unterschiedslose Anerkennung der Vielheit gesellschaftlicher Interessen und Ansichten, die im Rahmen einer polyarchischen Demokratie durch Kompromiss und Konsens in Einklang gebracht werden (vgl. ebd.: 152). So fügen sich ihr Ideologie- und ihr Gesellschaftsverständnis zusammen: Der chaotischen Vielheit von sozialen Kräften und Interessen entspricht ein ebenso ungeordnetes Feld von Ansichten und Ideologien. Beide lassen sich nicht auf ihre inneren Strukturen oder ihre Wahrheit hin befragen, sondern lediglich kartieren.

Trotz dieser theoretischen Schwäche beschreiben Mudde und Kaltwasser überzeugend die diskursiven Manöver, mit denen die populistische Ideologie sich die Vieldeutigkeit des Volksbegriffs zunutze macht. Ob mit »Volk« vor allem der demokratische Souverän, die »gewöhnlichen Bürger«, die Nation oder eine Kombination aus allen dreien gemeint sind, variiert je nach den politischen Zielen der populistischen Parteien und den Wähler*innengruppen, die sie ansprechen wollen. Wie auch Ernesto Laclau sehen Mudde und Kaltwasser in der Berufung auf den unbestimmten Begriff »Volk« die zentrale politische Stärke der populistischen Ideologie: Unter dem Dach des »Volkes« kann der Populismus im Erfolgsfall aus scheinbar disparaten gesellschaftlichen Gruppen und Interessen eine geteilte politische Identität erzeugen. Mit dieser Berufung auf das Volk als Souverän steht die populistische Ideologie für Mudde und Kaltwasser eindeutig in der Tradition der Französischen und der Amerikanischen Revolution. Die damals etablierte Legitimitätsgrundlage eines souveränen Volkes, das durch eine demokratisch gewählte Regie-

rung vertreten wird, schafft zugleich auch die Bedingungen der Möglichkeit populistischen Aufbegehrens: Da der Unterschied zwischen Regierung und Volk nie verschwindet, kann »das Volk« sich stets als nicht angemessen repräsentiert sehen und verlangen, sich das politische Establishment wieder »wirklich« unterzuordnen. Die Rede vom »gewöhnlichen Volk« bezieht sich laut Mudde und Kaltwasser dabei implizit oder explizit auf ein »broader class concept« (Mudde/Kaltwasser 2017: 10). In ihr verbinden die Populist*innen meist eine Verteidigung der Würde und Integrität der sozioökonomisch Benachteiligten mit der Anrufung bestimmter kultureller Werte und volkstümlicher Traditionen. Objektiv oder subjektiv, aufgrund ihres sozioökonomischen oder soziokulturellen Status Ausgeschlossene werden als »normale Bürger« gemeinsam angesprochen oder stehen symbolisch füreinander ein. Die Bedeutung von »Volk« als Nation schließlich verbürgt im Populismus den Anspruch, alle »natives« (ebd.: 11) eines Landes vertreten zu können, da diese eine Gemeinschaft mit einem geteilten Leben bilden. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs »native« – Inländer, Einheimische und Ureinwohner sind mögliche Übersetzungen – weist dabei bereits darauf hin, dass die Grenzziehung der Nation politisch sehr unterschiedlich ausfallen kann. Überspannt scheint es allerdings, wenn Hawkins und Kaltwasser aus dem Bezug auf die Idee der Volkssouveränität folgern, dass die Anhänger*innen populistischer Parteien hierarchische politische Organisationsformen prinzipiell ablehnen (vgl. Hawkins/Kaltwasser 2019: 10).

Ebenso wie »Volk« ist auch »Elite« laut Mudde und Kaltwasser in der populistischen Ideologie ein flexibles Konzept. Sie kann nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, kulturell, als Medienelite oder als ethnisch verschieden bestimmt sein. In jedem Fall aber ist sie korrupt und moralisch verkommen, arbeitet sie doch absichtlich gegen den »Allgemeinwillen« des Volkes. Mudde und Kaltwasser betonen mehrfach, dass es sich im Populismus vor allem um eine *moralische* Definition von Elite handelt, ja der Moralismus gar »the essence of the populist division« (Mudde 2017a: 29) sei. Das bedeutet, dass sowohl die mächtigen Unterstützer*innen populistischer Parteien als auch die Populist*innen selbst, auch wenn sie sich in Regierungspositionen befinden, vom Verdikt »Elite« ausgenommen sind. Zur Not behaupten sie, dass die wirkliche Macht eben gar nicht bei den gewählten Vertreter*innen liegt, sondern bei »some shadowy forces« (Mudde/Kaltwasser 2017: 12), die illegitimweise die Macht des Volkes untergraben. Dabei streuen sie, wo sie nicht die »Elite« ohnehin ökonomisch definieren, Gerüchte darüber wie mächtige ökonomische Interessengruppen mit der »Elite« unter einer Decke stecken und so ihre Sonderinteressen gegen das Allgemeininteresse durchsetzen. Von diesem ideologischen Muster ist der Weg zum (israelfeindlichen) Antisemitismus nicht weit. So stellen etwa in Bulgarien und Ungarn populistische rechte Parteien immer wieder Mitglieder der »Elite« als Agenten israelischer oder jüdischer Interessen dar (vgl. ebd.: 14).

Doch auch »Moralismus« ist als Kriterium zur Bestimmung populistischer Ideologie strittiger als Mudde und Kaltwasser es sich eingestehen. Sie verstehen darunter, dass populistische Diskurse ostentativ mit der Entgegensetzung eines guten, reinen, authentischen Volkes und der bösen, korrupten, unauthentischen Elite operieren. Die Unterscheidung soll für sich genommen weder rechte noch linke politische Inhalte nahelegen (vgl. Mudde 2017a: 29f.).

Diese Formulierung hat Kritik aus verschiedenen Richtungen hervorgerufen. So wendet einerseits etwa Lars Rensmann mit Blick auf den Anti-Universalismus populistischer Bewegungen ein, dass der moralische Bezug auf das »gute Volk« implizit autoritär aufgeladen ist. Von Mudde und Kaltwasser unbemerkt tendiert er – rechts wie links – zu einer »defense of cultural identity, and appeals to cultural discontent with perceived liberal rule« (Rensmann 2017a: 125).

Andererseits heben die radikaldemokratischen Autoren Yannis Stavrakakis und Anton Jäger hervor, dass die Bezeichnung des Kerns des Populismus als »moralistisch« im Gegensatz zum Pluralismus der liberalen Demokratie einen spezifischen, antipopulistischen »cold war pluralism« (Stavrakakis/Jäger 2018: 12) fortschreibt, den zuerst Richard Hofstadter im Rahmen der liberalen Modernisierungstheorie prägte. Hofstadter postulierte schon 1969, dass das populistische Denken im Kern unterscheidet zwischen dem unschuldigen und homogenen Volk, das für seinen Lebensunterhalt arbeiten muss, und den Eliten, die das nicht nötig haben. Dabei kommt etwa dem Farmer oft »a certain moral priority« zu, aufgrund des »natural character of his labours, his closeness to the soil, and the fundamental character of agricultural production« (Hofstadter 1969, zit. n. ebd.: 13). Laut Stavrakakis und Jäger täuscht die Gegenüberstellung von Moralismus und Pluralismus damals wie heute darüber hinweg, dass moralische Idealisierung und Dämonisierung in allen leidenschaftlichen Identifikationen präsent sind und besonders in politischen Diskursen als »ubiquitous, rather than genre-specific« (ebd.) gelten müssen. So habe auch der politische Liberalismus neben seiner pragmatischen Seite einen messianischen oder, mit Margaret Canovan gesprochen, »erlösenden« Aspekt, etwa in Form einer »great american mission« (Ekbladh 2011) zur technologischen Modernisierung der Welt. Oder er rahmt gar, in Form neoliberaler Konsenspolitik, grundsätzlichen politischen Konflikt zunehmend moralistisch als »struggle between right and wrong« (Mouffe 2010: 5), wie Chantal Mouffe analysiert.

Die Verurteilung des Populismus als »moralistisch« kann also selbst zu einem Instrument der (neo-)liberalen moralischen Delegitimierung populistischen Aufbegehrens werden. Zumal »Moralismus« im Sinne einer Kritik *korrupter* Eliten oft ja empirische Evidenz beanspruchen kann: Vor allem populistische linke Mobilisierungen in Spanien und Griechenland brachten tatsächliche Korruption ans Licht. Statt von einer moralischen könnte beim Populismus also auch allgemeiner von einer *politischen* Unterscheidung von Volk und Elite gesprochen werden, die stets in unterschiedlichem Ausmaß moralische Aspekte einschließt. Mudde bleibt jeden-

falls eine politische Theorie schuldig, mithilfe derer sich moralistische Politik nachvollziehbar von nicht-moralistischer unterscheiden ließe (vgl. Katsambekis 2022: 54; Kim 2021: 81). Das Spezifische der populistischen Ideologie scheint hier eher zu sein, dass sie in ihrer Volk-Elite-Polarisierung stets *personalisiert*, das heißt, gesellschaftliche Widersprüche als Konflikt zwischen den beiden konstruierten Gruppen »Volk« und »Elite« deutet.

Am deutlichsten zeigt sich das Politikverständnis der populistischen Ideologie für Mudde und Kaltwasser am letzten Kernbegriff, dem »Allgemeinwillen«. Er unterstellt dem Volk einen erkennbaren und einheitlichen Willen bezüglich grundlegender politischer Fragen, den die populistischen Politiker*innen lediglich artikulieren. Mudde und Kaltwasser führen diese Konzeption auf Jean-Jacques Rousseaus Unterscheidung zwischen dem bloßen *volonté de tous* und dem *volonté générale* zurück. Die populistische Ideologie teilt demnach nicht nur Rousseaus republikanische Utopie der Selbst-Gesetzgebung und Selbst-Regierung des Volkes. Sondern sie folgt insbesondere der darin impliziten Kritik repräsentativer Regierungssysteme, die das »Volk« auf passive Wähler*innen reduziert. Programatischen Ausdruck findet das in der von Populist*innen verschiedener Couleur geteilten Forderung nach direktdemokratischen Mechanismen wie Referenden und Volksentscheiden. Allerdings entsteht in ihrer spezifischen Verklärung der »Allgemeinwille« nicht aus einem rationalen, öffentlichen Diskurs, sondern entspringt gleichsam von selbst dem Common Sense des »Volkes«. Diese Mystifizierung erweist sich laut Mudde und Kaltwasser als »useful for both aggregating different demands and identifying a common enemy« (Mudde/Kaltwasser 2017: 18). Darin ist auch ein ambivalentes Verhältnis populistischer Ideologie zur Demokratie angelegt. Einerseits benennen Mudde und Kaltwasser Populismus angesichts seines starken Bezugs auf den Allgemeinwillen und das souveräne Volk als »democratizing force« (ebd.). Zugleich aber legt sein monistischer und absoluter Begriff des »Allgemeinwillens« ein autoritäres Demokratieverständnis im Sinne des nationalsozialistischen Staatsrechtlers Carl Schmitts nahe. Für Schmitt setzt der erkennbare Allgemeinwille bekanntlich eine »substanzielle Homogenität« oder »Gleichartigkeit« (Schmitt 1957: 232) des demokratischen Volkes voraus, das sich trennscharf vom Nicht-Demos abgrenzt und Nichtzugehörige als ungleich behandelt. Mit dieser Konzeption können – wie Schmitt es an derselben Stelle seiner »Verfassungslehre« formulierte – autoritäre Maßnahmen wie »Unterdrückung, Aussiedlung der heterogenen Bevölkerung und ähnliche radikale Mittel« (ebd.) gerechtfertigt werden. Mindestens aber widerspricht der Gedanke einer »substanziellen Homogenität« dem liberalen Demokratieverständnis, wie Schmitt selbstbewusst feststellte:

»Solche Konsequenzen zeigen den Gegensatz der Demokratie als eines politischen Formprinzips gegenüber den liberalen Ideen von Freiheit und Gleichheit

des einzelnen Menschen mit jedem anderen Menschen. Ein demokratischer Staat würde sich durch eine konsequente Anerkennung der allgemeinen Menschen- gleichheit auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens und des öffentlichen Rechtes seiner Substanz berauben« (Schmitt 1957: 233).

Diese Elemente populistischer Ideologie sind für Cas Mudde, wie bereits erwähnt, nicht völlig abgeschnitten vom politischen Mainstream, sondern radikalisieren lediglich Vorstellungen, die in westlichen Gesellschaften ohnehin weit verbreitet sind. So fußt die populistische Ideologie auf dem zentralen demokratischen Versprechen, durch die Selbstbestimmung des Volkes könne eine bessere Welt eingerichtet werden. Ihr Misstrauen gegenüber Eliten kann sich auf Glaubenssätze des Alltagsbewusstseins berufen, etwa über den korrumpierenden Einfluss von Macht und die sündige Natur des Menschen im Allgemeinen, die über politische Grenzen hinweg breit geteilt werden.

Auf der Einstellungsebene schlagen sich diese Ideologieelemente empirisch in Form einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der jeweiligen nationalen Demokratie und geringem Vertrauen in demokratische Institutionen nieder, vor allem in das Parlament, die Regierung und die Parteien (vgl. Mudde 2010: 1175ff.). Seit gut 10 Jahren gibt es aus den Reihen des *ideational approach* auch Versuche, populistische Einstellungen im Sinne der Definition Muddes direkt zu messen. Die entsprechenden Umfragen ermitteln die Zustimmungswerte zu Aussagen wie »The people, and not politicians, should make our most important policy decisions«, »The political differences between the elite and the people are larger than the differences among the people« oder »Politics is ultimately a struggle between good and evil« (Akkerman et al. 2014: 8).

Der Fokus auf Populismus als Ideologie begrenzt den *ideational approach* allerdings stark. Das offenbart sich, wenn Mudde und Kaltwasser populistischen Politiker*innen zugestehen, durchaus flexibel mit ihrer Ideologie umzugehen, also etwa die eigenen Glaubenssätze gemäß politischer Notwendigkeit umzudeuten (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 12). Das politische Handeln populistischer Politiker*innen folgt natürlich nicht sklavisch der verlautbarten Ideologie, sondern nicht selten zuerst den eigenen politischen Interessen. Mudde und Kaltwasser wissen das, aber sie fragen nicht weiter danach, was diese banale Erkenntnis für ihren ideologiezentrierten Ansatz der Populismusforschung eigentlich bedeutet. Sie unterscheiden etwa nicht zwischen Ideologien, die trotz solcher Interessengebundenheit argumentative Überzeugungskraft zumindest beanspruchen und solchen, die, wie Michael Freedon es für den Populismus ausdrückt, nur »primordial social intuitions« (Freedon 2017: 3) artikulieren. Ideologie ist Ideologie. Für unterschiedliche Verwendungen und subjektive Haltungen zu ihr, mithin für Manipulation, Ungesagtes oder Strategie hat der positivistische Ideologiebegriff keinen Platz. Er nimmt ausführlich und fast ausschließlich die Inhalte der populistischen Ideologie in den Blick. Die

Funktion von Ideologien scheint ihm dabei im Allgemeinen wie im populistischen Besonderen nicht weiter erläuterungsbedürftig zu sein. Allerdings offenbaren die spärlichen Verweise auf die funktionalen Aspekte von Ideologien bei näherem Hinsehen recht disparate Vorstellungen. So sollen Ideologien erstens der schlechterdings immer notwendigen Konstruktion von Identitäten dienen, zweitens der Legitimation politischen Handelns, drittens schließlich der Maximierung des Elektorats einer Partei.

Diese unklare Vorstellung davon, welche Funktionen Ideologien erfüllen, begünstigt den Kurzschluss, demzufolge populistische (oder nativistische oder autoritäre) Ideologie mit ihren Inhalten von selbst das bekennt, worum es ihr wirklich geht. Anhänger*innen populistischer Ideologie beziehen sich ostentativ auf die Souveränität des Volkes, *also* ist es wohl eine ihrer zentralen Überzeugungen, dass Volkssouveränität in modernen Demokratien ein absolutes Primat eingeräumt gehört. Anhänger*innen des Nativismus betonen immer wieder das Recht der »angestammten« Gruppe, *also* scheint ihr Anliegen die Verteidigung dieses Prinzips selbst zu sein. Diese implizite Identifikation von Ideologie, Überzeugung und Motivation schließt von vornherein die interessante Möglichkeit aus, dass zwischen Inhalt und Funktion hier Divergenzen bestehen können.

Jan-Werner Müller definiert die Ideologieelemente des Populismus ähnlich wie Mudde und Kaltwasser, weicht jedoch an entscheidenden Stellen ab. Im Mittelpunkt sieht auch er den angeblichen Konflikt, in dem »einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen« (Müller 2016a: 42). Dieser Grundhaltung entsprechend ist Populismus für ihn fundamental antielitär. Zur Kritik an Eliten kommt allerdings noch ein Antipluralismus hinzu. Denn der dezidiert moralische »Kernanspruch« aller Populist*innen lautet »Wir – und nur wir – repräsentieren das wahre Volk« (ebd.: 26). Die eigene moralische Legitimation über das Kollektivsubjekt Volk wird gegen alle gewendet, die sich ihnen entgegenstellen. Wer diesen Alleinvertretungsanspruch bestreitet, gehört nicht zum Volk. Auch die jeweils angegriffene Elite ist demnach streng genommen für die Populist*innen kein Teil des Volkes mehr, sondern stellt sich durch Korruption, Unmoral und Parasitismus außerhalb. Die populistische Unterscheidung von Volk und Elite ist immer moralisch, innerhalb dessen aber wandelbar. Häufig operiert sie mit Vorstellungen von der Tugend und der harten Arbeit oder großen Produktivität des Volkes, sie kann aber auch nationalistische oder rassistische Kriterien zugrunde legen (vgl. ebd.: 52).

Trotz seiner scharfen Kritik des populistischen Moralismus fußt Müllers Argument hier letztlich selbst auf einem moralischen Urteil. Immer wieder gelangt er an den Punkt, zugestehen zu müssen, dass auch die Diskurse pluralistischer Parteien die Charakteristika des Populismus teilen. Auch sie benutzen moralische Appelle, sprechen von einem einzigen Gemeinwohl und versuchen mitunter, durch eine Kolonisierung des Staates oder Massenklientelismus politisch unumgänglich zu wer-

den. Müller überspielt diese Unschärfe mit einer eigenen Moralisierung: Das besonders Schändliche an populistischen Parteien ist demnach, dass sie sich »offensiv und guten Gewissens« zu Strategien bekennen, die »andere Politiker eher verschämt anwenden« (Müller 2016a: 72).

Aus dem Anspruch heraus, allein das ganze Volk zu vertreten, stilisieren sich populistische Parteien oft als Bewegung oder »Front« statt als – per Definition nur partielle – Partei. Anders als Cas Mudde bezeichnet Müller wegen diesem moralisch begründeten Antipluralismus die populistische Ideologie als nicht nur illiberal, sondern als »an sich nicht demokratisch, ja der Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch« (ebd.: 14). Populist*innen beziehen sich nur oberflächlich positiv auf das Volk, letztlich sollen die Bürger*innen in ihrer Politikvorstellung völlig passiv bleiben. Sie beanspruchen ein imperatives Mandat des »Volkes« für sich, das aber ist mit der modernen Demokratie nicht vereinbar. Sie kennt nur das freie Mandat, niemand in ihr kann legitimer Weise beanspruchen, allein den Willen des Ganzen auszusprechen (vgl. ebd.: 46). Anders als Mudde und Kaltwasser sieht Müller daher in der populistischen Ideologie keinen *demokratischen* Begriff des Allgemeinwillens im Sinne etwa Rousseaus. Populisten verstehen unter dem Allgemeinwillen ein »singuläres, angeblich objektives Interesse eines als homogen gedachten Volkes« (ebd.: 47). Das Volk muss gar nicht befragt werden, sondern sein Interesse ist den Populist*innen immer schon unmittelbar durchsichtig. Bei Rousseau hingegen ist zur Ermittlung des *volonté générale* die Reflexion und Beteiligung der Bürger*innen gefordert. Die populistische Repräsentation des Volkes ist demgegenüber bloß symbolisch und basiert auf einer unterstellten gemeinsamen Identität. Sie ist also, in Müllers Worten, »mehr *Volksgeist* als *volonté générale*« (ebd.: 48, Hrvh. i. O.).

Diese Kritik des Populismus erkaufte Müller, stärker noch als Mudde und Kaltwasser, mit einer drastischen Einschränkung der empirischen Fälle, die noch unter seinen Populismusbegriff zu bringen sind. Marco D'Eramo hat darauf hingewiesen, dass Müller zwar beansprucht, linke und rechte Populismen gleichermaßen zu besprechen, tatsächlich aber fast ausschließlich über rechte Parteien und Politiker*innen schreibt. Seine zentralen Beispiele sind, in absteigender Bedeutung, Viktor Orbán, Donald Trump, George Wallace und Recep Tayyip Erdoğans AKP (vgl. D'Eramo 2017: 130). Von den auftauchenden Linken bezeichnet Müller letztlich nur die ehemaligen venezolanischen, ecuadorianischen und bolivianischen Präsidenten Hugo Chávez, Rafael Correa und Evo Morales ohne Anführungszeichen als Populisten. Dass Morales aus den schon genannten Gründen kaum ohne Weiteres ein Antipluralist genannt werden kann, gesteht Müller selbst in einer Fußnote ein – allerdings ohne Folgen für sein Argument (vgl. Müller 2016a: 147). Bernie Sanders, Elizabeth Warren, Syriza, Podemos und Occupy Wall Street hingegen spricht er entweder explizit vom Populismusvorwurf frei oder bezeichnet sie gar nicht erst so. Insgesamt tauchen Linke bis auf Hugo Chávez kaum im Text auf. Müllers Kriterien, vor allem der Antipluralismus, finden auf sie schlicht keine plausible Anwendung.

In seine Populismusdefinition ist also, so darf man deuten, Müllers eigene politische Präferenz bereits eingebaut. Populismus ist eigentlich rechter Antipluralismus. In dem Müller ihn als tendenziell antidemokratisch bestimmt und diejenigen üblichen Fälle ausschließt, die nicht gemeinhin als »Gefahr für die Demokratie« wahrgenommen werden, vereindeutigt er ihn als politisch inakzeptabel.

Gleichwohl setzt er Populismus nicht unumwunden mit demokratiefeindlichem Extremismus im Sinne eines Gegenpols zur liberal-demokratischen Mitte gleich. Der moralische Alleinvertretungsanspruch wird in Mittel- und Osteuropa häufig mit moderaten inhaltlichen Positionen kombiniert, im Falle der niederländischen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) gar mit ausgesprochen liberalen Werten (vgl. Müller 2016a: 27).

2.1.3 Ideologische Elemente populistischer radikal rechter Parteien

Die weitaus häufigste politische Erscheinungsform populistischer Ideologie sind Parteien der populistischen radikal rechten Parteienfamilie – eine Bezeichnung, die Cas Mudde mit seinem Standardwerk *Populist Radical Right Parties in Europe* (Mudde 2007) etabliert hat. Darin unterscheidet er die radikale von der extremen Rechten insbesondere anhand ihrer verschiedenen Verhältnisse zur Demokratie. Während der rechte Extremismus Volkssouveränität und Demokratie offen ablehnt, stellt sich der rechte Radikalismus lediglich gegen ihre liberale Spielart, vor allem gegen Pluralismus und Minderheitenrechte. Dass Mudde nicht, wie es vor allem im deutschen öffentlichen Diskurs nach wie vor gängiger ist, von (radikal oder extrem) rechtem Populismus spricht, sondern von einer populistischen radikalen Rechten, soll betonen, dass nicht Populismus das ideologische Kernmerkmal dieser Parteienfamilie ist, sondern Nativismus. Die populistische radikale Rechte ist für ihn nur die »temporary dominant form of the radical right« (ebd.: 31) die weder immer populistisch war, noch es heute in jedem Fall ist. Daher sind für sie die ideologischen Elemente Nativismus und Autoritarismus wichtiger als das Dritte, der Populismus. Auch sie sind, wie die populistischen Ideologeelemente, laut Mudde in moderaterer Form in westlichen Gesellschaften weit verbreitet.

Nativismus, ein bislang nur wenig im Deutschen verwendetes Konzept aus der US-amerikanischen Forschung, begreift Mudde dabei als eine bestimmte Variante des Nationalismus, nämlich als »an ideology, which holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group (the nation) and that nonnative elements (persons and ideas) are fundamentally threatening to the homogenous nation-state« (ebd.: 19). Ausgeschlossen sind davon liberale Formen des Nationalismus. Nativismus ist, wie Mudde es mit einem Ausdruck von Michael Billig nennt, in Form eines »banal nationalism« (Mudde 2010: 1174) in europäischen Staaten weit verbreitet. Gemeint sind die alltäglichen kleinen symbolischen und medialen Erinnerungen an die eigene nationale Identität, etwa durch Lieder, Feierlichkeiten oder

Fahren. Sie sind, wiewohl oft unbemerkt und meist politisch unstrittig, die »ideological habits (including habits of practice and belief) which reproduce established nations as nations« (Billig 1995: 6). Sie kreisen um denselben Themenkomplex wie der Nativismus – vornehmlich »us«, »our homeland«, »nations« (»ours« and »theirs«), the »world«, as well as the morality of national duty and honour« (ebd.: 5) – treten aber nicht als explizite Ideologie, sondern als parteiübergreifender Common Sense auf.

Autoritarismus schließlich, das dritte ideologische Element radikal rechter populistischer Parteien, versteht Mudde als »the belief in a strictly ordered society, in which infringements of authority are to be severely punished« (Mudde 2007: 23), was politisch vor allem Law and Order-Themen und konservative Moralvorstellungen impliziert. Mudde bezieht sich dabei auf die wesentlich durch die Studie *The Authoritarian Personality* geprägte sozialpsychologische Autoritarismusforschung. Er hält allerdings den weiten Autoritarismusbegriff der Studie, die »politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Überzeugungen« als zusammenhängendes »Denkmuster« (Adorno et al. 1973: 1) deutet, für überdehnt und folgt stattdessen der Operationalisierung Bob Altemeyers (Altemeyer 1981). Antisemitismus und Ethnozentrismus sind demnach ideologisch vom Autoritarismus selbst zu unterscheiden. Ebenso ist Autoritarismus nicht notwendig antidemokratisch, wenngleich er auch nicht dagegen schützt. Gemäß Altemeyer betrachtet Mudde als zentrale Aspekte des Autoritarismus die kritiklose Unterwerfung unter gesellschaftliche Autoritäten, Aggression gegen Abweichungen und Konventionalismus.

Dieser so definierte Autoritarismus ist, ebenso wie der Nativismus, über die radikale Rechte hinaus verbreitet. Disziplin und Gehorsam gehören ebenso zum ideologischen Kern des Konservatismus wie zum liberalen, kommunistischen oder christlichen politischen Denken (vgl. Mudde 2010: 1174).

Wenn diese nativistischen und autoritären Ideologieelemente sich, wie im Fall der populistischen radikal rechten Parteien, zu einer politischen Identität verdichten, funktioniert die Abgrenzung laut Mudde im Vergleich zu etwa grünen oder queeren Identitäten erstens manichäisch – es gibt nur »gut« und »böse« – und zweitens in besonderem Ausmaß *ex negativo* über die Abgrenzung von Outgroups. Die Definition des Eigenen bleibt weitgehend vage, während die Feinde ausführlich beschrieben werden.² Anders als die Demokratietheorien und die Cleavage-Theo-

2 Wohl aus diesem Grund polarisieren populistische radikal rechte Parteien die Elektorate stärker als Parteien anderer Familien. Cristóbal Rovira Kaltwasser hat gemeinsam mit anderen Forschern in mehreren Aufsätzen die »negative partisanship«, also die stabile subjektive Ablehnung gegenüber populistischen radikal rechten Parteien erforscht (vgl. Meléndez/Kaltwasser 2021; Koch et al. 2023; Wegscheider et al. 2023). Demnach vereinten sie etwa im Jahr 2019 in Westeuropa zugleich den größten Anteil explizit positiver, loyaler Bezugnahme unter den Wähler*innen auf sich (etwa 10 Prozent), *als auch* den weitaus größten Teil explizit negativer Haltung (etwa 50 Prozent) (vgl. Meléndez/Kaltwasser 2021: 954f.).

rien widmet sich Muddes komparativ-empirischer *ideational approach* ausführlich den konkreten ideologischen Feindbildern populistischer radikal rechter Parteien. Die scheinbar endlose Liste überführt er dabei in eine Typologie von Feindesgruppen. Gemäß seiner These, dass der Nativismus das zentrale ideologische Element ist, unterscheidet er zwischen Gruppen, die 1. sowohl als Teil der eigenen Nation betrachtet werden als auch Staatsbürger*innen sind (z.B. die »Elite«); 2. zwar Staatsbürger*innen sind, aber nicht zur Nation gezählt werden (z.B. nationale Minderheiten, migrantische Communities); 3. der Nation zugeschlagen werden, aber im Ausland leben oder 4. weder zur Nation noch zum eigenen Staat gehören (z.B. Eliten regional rivalisierender Staaten). Welche konkreten Gruppen diese Plätze in der Ideologie der jeweiligen populistischen radikal rechten Parteien einnehmen, hängt laut Mudde weitgehend von den jeweiligen nationalen Kontexten und ihren ideologischen Besonderheiten ab.³

Zugleich aber erkennt er an, dass über diese nationalen Kontexte hinweg bestimmte historisch tradierte Feindesmarkierungen besonders wirkmächtig sind. Er zählt drei auf: Antisemitismus sehe in jüdischen Menschen eine »personification of modernity« (Mudde 2007: 78) und lehne mit ihnen alle Zumutungen dieser Moderne ab. Hass auf Sinti und Roma hingegen erblicke, besonders in Zentral- und Osteuropa, in seinem Objekt eine Personifizierung des vormodernen »Barbaren« und betone in der Ablehnung gerade die eigene Modernität. Islamophobie schließlich würde, vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001, Muslime zwar auch als »Barbaren« betrachten, die allerdings in der modernen Welt leben und sie aktiv ablehnen. Er dient daher der Selbstinszenierung als stolze Verteidiger der liberalen Demokratie und ihren Freiheitsrechten, etwa der Frauenemanzipation oder der Trennung von Staat und Kirche.

Diese international verbreiteten Feindschaften und ihr inniges Verhältnis zur Modernität fügen sich nun offensichtlich nicht in Muddes eigentliche Typologie situativ wechselnder oder je national spezifischer Feindbilder, die sämtlich durch den Gegensatz von »wir« und »die anderen« gekennzeichnet sein sollen. Mudde isoliert den Nativismus als Zentrum der populistischen radikal rechten Ideologie zu schematisch von den historisch tradierten Feindbildern, die tieferliegende bzw. abstraktere Abgrenzungen vollziehen, etwa gegenüber der »Moderne« insgesamt. Insbesondere das antisemitische Ressentiment ist keine bloße Gegenüberstellung

3 Eine interessante Erweiterung dieser Sortierung populistischer Feindbilder über ihre Stellung zur Nation bietet Kolja Möller. Autoritärer Populismus erklärt ihm zu Folge vor all jene Fremden und anderen zu Feinden, die die vermeintliche innere Homogenität der Volksidentität gefährden könnten. Sie umfasst neben den von Mudde hervorgehobenen nationalen Grenzen auch »Grenzen zwischen Männern und Frauen oder die Kleinfamilie als natürliches Sozialmodell« (Möller 2020: 76).

von »Wir« und den national oder staatlich »Anderen«. Wie der Antisemitismusforscher Klaus Holz herausgearbeitet hat, lässt sich der antisemitische Bezug zum Nationalismus eher als eine »Figur des Dritten« (Holz 2005: 30) begreifen. Dem Judentum werden historisch und bis heute die Merkmale zugeschrieben, die für die homogene native Gemeinschaft nicht fremd, sondern zersetzend sind. Insbesondere im völkischen Denken dürfen zwar verschiedene »Völker« durchaus nebeneinander und gegeneinander existieren, solange sie säuberlich getrennt bleiben. Jüdische Gemeinschaften allerdings sind im modernen Antisemitismus den anderen nicht als »Volk« auf diese Weise gleichgestellt, sondern verkörpern das »ganz Andere« gegenüber den Völkern, das die Unterscheidung zwischen den Völkern, »Rassen« und Religionen selbst infrage stellt (vgl. ebd.: 31). Das aber lässt sich nicht mehr als Spielart des Nativismus im Sinne eines *fremdenfeindlichen* Nationalismus begreifen.

Besonders angesichts dieser historisch tradierten Feindbilder kommt Mudde trotz seines deskriptiven Ideologiebegriffs nicht daran vorbei, die Frage der Funktion ideologischer Abgrenzungen zu streifen. Seiner Meinung nach dienen sie dazu, die Eigengruppe durch die Konstruktion von Fremdgruppen zu schaffen und zu definieren, gemäß der Sozialpsychologie ein »standard behavior in identity building« (Mudde 2007: 63). Warum aber ist das überhaupt nötig? Wofür braucht es die Identität der Eigengruppe? Warum spielt das Verhältnis zur Moderne offenbar eine solch zentrale Rolle für die populistische radikale Rechte? Und wieso wird die Unterscheidung von Eigen- und Fremdgruppe bei diesen Parteien so häufig zum Gegensatz von »Freund« und »Feind« zugespitzt? Der knappe Verweis auf scheinbare Gewissheiten der Sozialpsychologie erklärt weder die *politische* Funktionsweise von Ideologien im Allgemeinen, noch das Spezifische radikal rechter Ideologien.⁴ Ohne Ideologietheorie droht Muddes Typologie wieder in eine »endless list of the multitude of groups feared and hated« (ebd.: 64) zu zerfallen. Die Fragen, wie die Ideologien der populistischen radikalen Rechten als Weltdeutung funktionieren, welche orientierende, sinnstiftende und bestätigende Funktion sie haben, und welche Widersprüche diese Funktion attraktiv erscheinen lassen, überschreiten den positivistischen Horizont des *ideational approach*. »Identität« ist für Mudde schlicht ein subjektives Bedürfnis, nicht auch das Produkt eines machtvollen, repräsentativen, politischen Handelns.

4 Cristóbal Rovira Kaltwasser sieht denn auch eine der größten Leerstellen der bisherigen Populismusforschung in der Frage, welche psychologischen Charakteristika den Anhänger*innen populistischer Parteien eigen sind und wie sehr die Wahlentscheidung für sie mit einer bestimmten psychischen Informationsverarbeitung zusammenhängt. Damit meint er allerdings wiederum nur gänzlich ungesellschaftlich, ahistorisch und rein psychologisch verstandene Faktoren wie die Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe sowie positive und vor allem negative Parteilichkeit, die sich im Fall des Populismus gegen die etablierten Parteien richte (vgl. Kaltwasser 2021).

Im Gegensatz zu Mudde hat Jan-Werner Müller keine vertiefte Beschäftigung mit populistischen rechten oder linken Parteien vorgelegt. Populismus ist für ihn einfach das geteilte Element ihrer Ideologien – ob es das bestimmende oder eher ein untergeordnetes Element ist, bleibt unklar. Da er anders als Mudde durchgehend das Substantiv »Populismus« verwendet und es lediglich mit »links« oder »rechts« adjektiviert, entsteht der Eindruck, Müller sehe zwischen beiden mehr Schnittmengen als Unterschiede. Zumindest für seine zentrale demokratietheoretische Unterscheidung zwischen populistischer und demokratischer politischer Theorie bestätigt sich das. Linke, Liberale und Konservative folgen demnach einem demokratischen Repräsentationsverständnis, dass den Repräsentant*innen ein freies Mandat erteilt und erwartet, dass sie selbst über das politisch Gebotene urteilen. Dem gegenüber behaupten die Populist*innen – man muss lesen: jeder Couleur – das objektive und singuläre Interesse des Volkes unmittelbar zu kennen (vgl. Müller 2016a: 46). Linke und rechte Populismen wären so gleichermaßen undemokratisch und hätten zumindest in ihrem Verhältnis zur Demokratie mehr Gemeinsamkeiten miteinander als mit den nicht-populistischen Rechten und Linken. Ganz so scheint Müller es aber doch nicht sehen zu wollen, denn zugleich verwahrt er sich gegen die extremismustheoretische Vorstellung einer »Symmetrie zwischen Links- und Rechtspopulismus« (ebd.: 14).

Auch die Gewichtung seiner Kritik der verschiedenen populistischen Spielarten lässt erkennen, dass ihm letztlich doch das Rechte am rechten Populismus als das wesentliche politische Problem erscheint. Zwar müssten alle Populist*innen ihr »wahres Volk« durch mindestens symbolische Ausschlüsse und Grenzziehungen aus der empirischen Bevölkerung »herauspräparieren« (ebd.: 92). Aber es macht eben den Unterschied ums Ganze, ob dabei von rechts »ohnehin schon verwundbare Minderheiten zusätzlich diskriminiert« (ebd.: 92–93) und »parasitär[e] Unterschichten« (ebd.: 43) vom Demos ausgeschlossen werden oder die »linken Umverteilungsenthusiasten« (ebd.: 17) etwa von *Podemos* der Minderheit der Reichen ihr Einkommen und Vermögen streitig machen. Rechter Populismus, so der Tenor bei Müller, ist eine praktische Gefahr, linker Populismus vor allem ein intellektuelles und demokratietheoretisches Problem. Da es Müller in seinem Essay aber um eine Bestimmung der populistischen Ideologie als solcher geht, drückt er sich vor der Frage, was der gesellschaftliche Sinn und die Erfolgsgrundlagen autoritärer Ideologie sind. In seiner räumlich und zeitlich nicht eingegrenzten Perspektive kann er keine sozialstrukturellen Prädiktoren für die Wahl populistischer Parteien erkennen. Allerdings bemüht er sich auch nicht, die vorhandenen empirischen Ergebnisse nach gesellschaftlichem Kontext, politischer Ausrichtung etc. zu differenzieren. Die so eher behaupteten »empirischen Uneindeutigkeiten« (Müller 2016a: 35) der Populismusforschung sollen seinen Punkt stärken, dass eine demokratietheoretische Bestimmung des Populismusbegriffs vordringlich ist. Vor dem Hintergrund dieser – mit Cas Mudde geteilten – Abneigung gegen nachfrageseitige Erklärungsansätze erteilt

Müller vor allem modernisierungstheoretischen Erklärungen eine Absage. Einordnungen der Anhänger*innen populistischer Ideologie im Allgemeinen oder rechter populistischer Ideologie im Besonderen als ressentimentgeladene Verlierer*innen oder gar autoritäre Persönlichkeiten lehnt er ab. Solche »psychologischen Unterstellungen« (Müller 2016a: 36) gingen nicht nur theoretisch am Wesentlichen vorbei, sondern verweigerten auch aus vermeintlich moralisch überlegener Perspektive das Zuhören und die Auseinandersetzung auf Augenhöhe.

2.1.4 Zusammenfassung und Arbeitsdefinition Populismus

Mit dem positivistischen Ideologiebegriff Michael Freedens versuchen die Vertreter*innen des *ideational approach* sich dem hochgradig politisierten Phänomen Populismus in doppelter Weise unvoreingenommen zu nähern: Jegliche Interpretation der politischen und sozialen Welt ist ihnen Ideologie, auch populistisches politischen Denken ist zunächst also nur einer von vielen möglichen Deutungsversuchen. Zudem ist sie auf der Nachfrageseite wie auf der Angebotsseite zu finden. Wer sie mit welcher Motivation verbreitet oder aufgreift, soll für die Frage, was Populismus ist, keine Rolle spielen.

Entscheidend ist vielmehr erstens seine begrenzte inhaltliche Breite. Als »thin-centred ideology« hat der Populismus keine genuine politische Ausrichtung und kann nur in Verbindung mit anderen, umfassenderen Ideologien politisch wirksam werden. Am häufigsten und am erfolgreichsten ist dabei natürlich die Verbindung mit rechter Ideologie durch populistische radikal rechte Parteien.

Zweitens sind abgeschwächte Varianten populistischer Ideologieelemente laut Cas Mudde auf Einstellungsebene in den Bevölkerungen westlicher Demokratien weit verbreitet, ebenso wie moderate Formen nativistischer und autoritärer Ideologie. Daher fordert Mudde für die Erforschung populistischer radikal rechter Parteien einen grundsätzlichen Perspektivwechsel: Die politische Angebotsseite soll in den Mittelpunkt rücken, statt wie bisher die Nachfrage nach populistischer, nativistischer und autoritärer Ideologie. Denn ob und wann diese Nachfrage politisch mobilisiert wird, hängt hauptsächlich von den Parteien und ihren Kämpfen um Themen ab.

Der positivistische Ideologiebegriff lässt also Populismus im *ideational approach* doppelt gesellschaftlich erscheinen: Populistische Ideologie ist als Teil des Mainstreams weit verbreitet und tritt unter den Massen ebenso wie in der politischen Elite auf. Für die empirische Erschließung des Phänomens scheint er damit gut geeignet.

Zugleich löst er aber Ideologie aus ihrem gesellschaftlichen Kontext, in dem er sie auf individuelle Einstellungen reduziert. So hat Populismus hier – jenseits der ganz abstrakten sozialpsychologischen Formel, er diene zur Konstruktion der eigenen Identität – keine spezifische Funktion und bedient kein bestimmtes Interesse.

Vielmehr tendiert der *ideational approach* dazu, politische Ideologie für bare Münze zu nehmen. Was gesagt wird, gilt als authentische Überzeugung und politisches Motiv. Die praktische ideologische Flexibilität populistischer Akteure kann in diesem Rahmen nicht berücksichtigt werden.

Jan-Werner Müller betont dahin gehend zumindest, dass Ideologien auch praktische Bedeutung haben. Sowohl weil sie ihren Anhänger*innen praktische Lösungen für ihre Probleme versprechen, als auch weil sie zur Rechtfertigung von Herrschaftstechniken dienen können. So liefert der Populismus mit seinem moralischen Alleinvertretungsanspruch etwa eine Begründung für den Versuch, den gesamten Staat zu übernehmen.

Die Systematisierung der populistischen Ideologieelemente unabhängig von den Wirtsideologien ist zweifellos die größte Stärke des *ideational approach*. Hier zeigen sich aber auch seine Schwächen am deutlichsten: Müddes These, Populismus operiere immer mit homogenen Volksbegriffen, schließt unfreiwillig die meisten linken Populismen aus. Müllers Behauptung, Populismus sei per se antipluralistisch (und damit antidemokratisch) trifft ebenfalls mindestens auf linken Populismus nicht zu. Und was den oft behaupteten »moralistischen« Charakter populistischer Ideologie genau ausmacht, bleibt zu vage. Stattdessen wird hier die eigene politische Neigung des *ideational approach* deutlich. Populismus wird so weit gefasst und zugleich als so problematisch dargestellt, dass der Vorwurf einer prinzipiellen Warnung vor radikalen und antielitären Bewegungen gleichkommt. Mudde, Kaltwasser und Müller richten sie zwar hauptsächlich gegen rechte populistische Parteien, reden aber unentwegt vom Populismus schlechthin. Mit den Ursprüngen und Funktionen der spezifisch rechten Ideologien beschäftigen sie sich darüber auffällig wenig.

Die vorliegende Arbeit nutzt daher das Verständnis des Populismus als »dünner Ideologie« nur mit folgenden Einschränkungen als Grundlage ihrer Arbeitsdefinition: Sie verzichtet erstens auf das Kriterium eines homogenen Volksbegriffs, zweitens versteht sie die populistische Elitenkritik als spezifisch personalisierend statt allgemein moralisierend. Wenn im Folgenden also ohne weitere Bestimmung von Populismus die Rede ist, meint das *eine Ideologie, die die Gesellschaft als in die zwei antagonistischen Gruppen »reines Volk« und »korrupte Elite« gespalten denkt und darauf besteht, dass Politik ein Ausdruck des erkennbaren Allgemeinwillens des Volkes sein sollte.*

2.2 Demokratie und liberale Entpolitisierung

»Demokratie« ist neben »Ideologie« der zentrale theoretische Begriff des *ideational approach*, und zwar in vierfacher Weise. Nicht nur ist erstens ein ausdrücklicher positiver Bezug zur Demokratie Teil des inhaltlichen Kerns des populistischen Ideologieelements. Sondern bestimmte Funktionsstörungen der westlichen demokra-

tischen Systeme sind zweitens zugleich die zentralen Ursachen des zunehmenden Erfolgs populistischer Parteien. Drittens bildet demokratische Repräsentation das Formprinzip, gemäß dem die populistische Ideologie politische Wirkung entfaltet. Viertens schließlich ist die Frage der Auswirkungen des populistischen (radikal rechten) Erfolgs auf die Demokratie das zentrale politische Thema sowohl für Mudde und Kaltwasser als auch für Müller. Dabei ist wesentlich, welchen Begriff von Demokratie der *ideational approach* selbst anlegt.

2.2.1 »Demokratischer Extremismus« als ideologischer Kern

Wie bereits beschrieben steht die populistische Ideologie mit ihren drei Elementen – das reine Volk, die korrupte Elite und der souveräne Allgemeinwille – in einem ambivalenten Verhältnis zur Demokratie. Als polemische Verteidigung der Volkssouveränität gestehen Mudde und Kaltwasser ihr eine demokratische Qualität zu, während zugleich die Vorstellung eines einheitlichen und unmittelbar evidenten Allgemeinwillens autoritäre Deutungen der Volkssouveränität nahelegt.

Dieser Absolutismus des Volkswillens sperrt sich gegen eine konstitutive Spannung, die liberale Demokratien kennzeichnet. Mudde stützt sich auf Formulierungen der radikaldemokratischen Theoretiker*innen Margaret Canovan und Chantal Mouffe, denen zu Folge Spannungen bzw. gar eine Paradoxie zwischen dem »erlösenden« und dem »pragmatischen« Aspekt der Demokratie (Canovan 1999) beziehungsweise der Demokratie als (unbeschränkter) Volkssouveränität und ihrer gegenwärtigen Artikulation mit liberalen Freiheitsrechten (Mouffe 2000) bestehen (siehe ausführlich dazu Abschnitt 4.1.4). Je nachdem ob mit Demokratie nur »Volkssouveränität« oder »liberale Demokratie« insgesamt gemeint ist, ist populistische Ideologie im Kern demokratisch oder eben undemokratisch. Mudde bezeichnet diese Janusgesichtigkeit auch als das »political paradox of populism« (Mudde 2021a: 580). Populismus ist einerseits anti-politisch, insofern er, sich mit dem homogenen Allgemeinwillen gemein glaubend, die Existenz legitimer Opposition verneint. Politik ist unnötig, wenn das Volk in jeder Hinsicht bereits *eins* ist. Zugleich aber ist Populismus natürlich »über-political« (ebd.: 581), da er jeden Aspekt des Lebens als dem Allgemeinwillen unterworfen betrachtet. Dafür lehnt er jede verfassungsmäßige Begrenzung der Politik ab, sei es in Form von Minderheitenrechten, sei es durch die staatliche Gewaltenteilung (vgl. Mudde 2004: 561).

Jan-Werner Müller sieht den Populismus demgegenüber in einem nur vordergründig ambivalenten Verhältnis zur Demokratie, denn die kann es für ihn nur als liberale geben. Anders als Mudde und Kaltwasser (und Canovan und Mouffe) wendet sich Müller gegen die begriffliche Aufspaltung von Demokratie und Liberalismus, besonders anhand der radikaldemokratischen Populismustheorien Mouffes und Laclaus. Mit Jürgen Habermas hält er stattdessen zivile und bürgerliche Rechte für »gleichursprünglich« (Müller 2016a: 76). Liberalismus ist hier also nicht wie bei

Mouffe ein der Demokratie äußerliches oder gar undemokratisches Element. Vielmehr verletzen illiberale oder »defekte« Demokratien wie im gegenwärtigen Ungarn unter Viktor Orbán Grundzüge der modernen Demokratie, indem sie die grundsätzliche Gleichheit der Bürger*innen ebenso infrage stellen wie die fundamentale Pluralität des Wahlvolkes (vgl. Müller 2016a: 77). Denn damit treffen sie in Müllers Verständnis den Kern der Demokratie, den er in Anschluss an den libertären französischen Demokratietheoretiker Claude Lefort als »institutionalisierte Unsicherheit« (ebd.: 124) begreift.

Lefort entwickelte seine politische Philosophie der Demokratie als einer distinkten Gesellschaftsform ab den 1970er-Jahren angesichts von Nationalsozialismus und Stalinismus. Das historisch Neue der Demokratie ist laut Lefort die Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, also die Abgrenzung einer gesonderten politischen Sphäre innerhalb der Gesellschaft. Sie ist ausgestattet mit einer neuen, spannungsvollen Form der Legitimation: In der Demokratie geht die Macht vom »Volk« aus, zugleich aber gehört die Macht niemandem. Volksherrschaft ist niemandes Herrschaft, denn die Vorstellung der Volkssouveränität ist im gesellschaftlichen Imaginären mit dem Bild einer unverfügbaren Position verknüpft: »Der Ort der Macht wird zu einer *Leerstelle*« (Lefort 1990: 293, Hrsh. i. O.). Kein*e Repräsentant*in und keine Regierung kann sich die politische Macht dauerhaft legitim einverleiben oder zu ihrem Eigentum machen, sie kann lediglich treuhänderisch verwaltet werden. Das heißt auch, dass die Frage, wer das »Volk« ist und welche Interessen es hat, letztlich unbeantwortet bleiben muss und immer wiederkehrt. In den irreduzibel konflikthafter modernen Gesellschaften mit ihrer Pluralität von Interessen und Identitäten produziert diese symbolische Legitimationsordnung permanent Dissens – allerdings von ihr selbst legitimierten und institutionalisierten Dissens. Bedroht ist die Demokratie laut Lefort aber, wenn totalitäre Parteien oder Bewegungen eben diese grundlegende Spannung aufzuheben versuchen, indem sie sich mit dem »Volk« identifizieren und dessen Wesen festzulegen beanspruchen. Zwar ist ihre Berufung auf das »Volk« nur innerhalb der repräsentativ-demokratischen Legitimationsordnung möglich, zugleich aber stellen sie mit ihrem exklusiven Identifikationsanspruch die Trennung von Staat und Zivilgesellschaft, die Grundlage der Demokratie selbst, in Frage.

Müller dehnt nun diese Kritik Leforts am nationalsozialistischen und stalinistischen Totalitarismus auf den moralischen Antipluralismus des Populismus aus. Er betont zwar, dass nicht jeder Populismus sogleich in einen Totalitarismus mündet. Aber indem Populist*innen die »offene Frage nach dem Volk ein für alle Mal abschließend beantworten wollen« (Müller 2016a: 88), sind sie zumindest antidemokratisch. Problematisch ist ihr Kernanspruch, allein das ganze Volk zu repräsentieren (»Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk« (ebd.: 19)). Er funktioniert wesentlich anders als die demokratische Berufung auf den Volksbegriff, die etwa beansprucht: »Wir sind *auch* das Volk« oder »Wir sind die 99 Prozent«. Denn in der po-

pulistischen Variante werden mindestens moralisch Teile der Bevölkerung aus der Vorstellung des »Volks« ausgeschlossen. Dazu muss der Populismus sich nicht auf Nation oder »Rasse« berufen, sondern kann – zumindest historisch – auch Tugendvorstellungen oder einen Gegensatz zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit ins Feld führen. Dennoch richtet sich Müllers Kritik politisch offensichtlich vor allem gegen rechte populistische Parteien und ihre Ausgrenzung von Minderheiten. Normativ stellt er deren autoritären Grenzziehungen am Demos keine theoretische Herleitung der richtigen Kriterien gegenüber, sondern den Vorrang demokratischer Prozesse, die Fragen der Zugehörigkeit zum Demos immer wieder neu aushandeln (vgl. Müller 2016a: 94). Dieser Rückzug aufs Prozessuale wirkt angesichts des von Müller selbst hervorgehobenen Zusammenhangs von populistischer Ideologie und (autoritärer) Praxis etwas kraftlos. Mit Blick auf die europäische Migrationspolitik prangert er so zwar an, dass etwa Viktor Orbán Hass auf Flüchtlinge schürt. Den politischen Streit um Verteilungsquoten für Flüchtlinge innerhalb der EU benennt er aber als nur »auf den ersten Blick merkwürdig«, wenn denn über die »Pluralität politischer Urteile« (ebd.: 113) in dieser Sache nur vernünftig gesprochen wird. Die von diesen politischen Streitigkeiten mit perpetuierten Menschenrechtsverletzungen und auch schon vor 2015 in die Zehntausende gehenden Tote auf den Migrationsrouten erwähnt er hingegen nicht.

Theoretisch kritisiert Müller aber vor allem die linken Populismustheorien Chantal Mouffes und Ernesto Laclaus sowie Margaret Canovans. Er stimmt grundsätzlich mit ihnen darin überein, dass sich Populismus nicht anhand bestimmter politischer Positionen begrifflich fassen lässt, sondern eine bestimmte politische Logik beschreibt. Aber indem Laclau und Mouffe diese Logik zur Logik des Politischen überhaupt stilisieren, erklären sie es zu einer politischen Notwendigkeit, von links ein »Volk« zu entwerfen. Müller meint nun, dass selbst wenn in diesem Konzept eines linken Populismus keine Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden, populistische linke Praxis letztlich doch antipluralistisch ein bestimmtes politisches Projekt als Repräsentation des ganzen Volkes darstellen und den anderen politischen Akteur*innen die Legitimität absprechen muss (vgl. ebd.: 121). Belege oder Anhaltspunkte für diesen Verdacht liefert er allerdings nicht. Die unüberbrückbaren Differenzen zwischen Müller und den Radikaldemokrat*innen dürften in ihrem Verhältnis zum liberalen Aspekt der liberalen Demokratie zu suchen sein. Müller nimmt innerhalb der Lefort'schen Demokratietheorie mit Habermas' Theorie einer Gleichursprünglichkeit von zivilen und bürgerlichen Rechten gewissermaßen einen liberalen Abzweig. Im Populismus sieht er daher vordringlich die Gefahren eines antipluralistischen und homogenen oder gar organisistischen Volksbegriffs, der die Bodenlosigkeit der modernen Demokratie auf eine unwiderlegliche Grundlage zu stellen versucht.

Demgegenüber betrachtet Mouffe – die wie Müller von Lefort inspiriert ist – die rechtsstaatliche Einhegung der demokratischen Herrschaftsform durch verfas-

sungsmäßige Freiheitsrechte und Menschenrechte als eine äußerliche Begrenzung der Volkssouveränität, deren gegenwärtige neoliberale Gestalt durchaus anfechtbar ist (siehe Abschnitt 4.1.4). Der Populismus verkörpert in dieser Perspektive die Möglichkeit, durch Anrufung der demokratischen Legitimationsfigur »Volk« verschiedene Formen der Ungleichheit als »illegitim und widernatürlich hinzustellen« (Lacau/Mouffe 2000: 196) und sie so in einer antihegemonialen Politik als Unterdrückung zu brandmarken.

Ein ähnlicher Dissens besteht mit Margaret Canovan. Sie sieht in der modernen Demokratie einen pragmatischen Zug im beständigen Widerspruch zu dem demokratischen Versprechen, durch kollektives Handeln Lebensnot und Zwänge beseitigen zu können. Müller kanzelt diese von Canovan »redemptive capacity« getaufte Qualität als manipulatives Vorgaukeln einer »Erlösung von allen Alltagsorgen durch politische Willensakte« (Müller 2016a: 20) ab. Populist*innen machen sich demnach »die Vorstellungen kollektiver Autonomie« (ebd.: 28) zunutze, ohne sie einlösen zu können. Die »redemptive capacity« ist für Müller kein legitimer Teil der modernen Demokratie, denn sie verspricht etwas Unmögliches. Demokratie ist in der Moderne notwendig repräsentativ. Das Prinzip der Repräsentation ist zwar durchaus undemokratisch und kann dem Ideal der kollektiven Autonomie nur »mit Abstrichen« (ebd.: 29) gerecht werden. Die Verwirklichung dieser kollektiven Autonomie aber hält Müller in der modernen Demokratie für ohnehin ausgeschlossen, weshalb jedes Versprechen in diese Richtung Scharlatanerie ist.

Am deutlichsten äußert Müller das in der englischen Übersetzung seines Buches. Die Vorstellung, das Volk könne wirklich regieren, bezeichnet er mit einem an dieser Stelle zynischen »Realismus« abschätzig als bloße »folk theory of democracy« (Müller 2016b: 76). In Wahrheit habe niemand je offiziell solch ein demokratisches Versprechen gegeben, noch bildete diese Idealisierung je die empirische Wirklichkeit ab. Vor allem aber können sie in »our societies« (ebd.) schlicht nicht eingelöst werden. Darin sieht Müller nicht etwa ein Problem »unserer Gesellschaften«, sondern bloß die Abwegigkeit der demokratischen Versprechen. Doch damit nicht genug. Müller will das »demokratische Imaginäre«, das die radikaldemokratischen Autor*innen für den wesentlichen politischen Antrieb demokratischer Gesellschaften halten, insgesamt aus der Politik verbannen. Auf die für moderne demokratische Legitimationsformen zentrale Anrufung des »Volkes« kann repräsentative Demokratie demnach vollständig verzichten, kennt sie doch nur »a people of individuals« (ebd.: 77), das durch keinerlei mysteriöse gemeinsame Substanz geeint ist, sondern nur in Form von Stimmanteilen in Erscheinung tritt. »Symbolische Repräsentation« selbst ist für Müller das Problem, denn sie überschreitet die bloße »empirische Willensrepräsentation« (Müller 2016a: 53), und zwar nur um den Preis eines homogenen, exklusiven und moralisierenden Volksbegriffs. Er unterstellt in frappierender Allgemeinheit, die Anrufung des »Volkes« könne nur antidemokratisch geraten und leugnet damit die konstitutive Bedeutung und den Nutzen dieser Legi-

timationsfigur für demokratische Politik insgesamt. Er lobt zwar, wie die Radikal-demokratie, die potenziell »endlose Kette von Ansprüchen [...] auf Inklusion oder auch Transformation« (Müller 2016a: 86) in demokratisch verfassten Gesellschaften, nimmt aber offenbar nicht zur Kenntnis, dass solche Demokratisierung noch meistens das Ergebnis politischer Kämpfe war, die sich gegen unvernehmende Ordnungen irgendeiner Form der kollektiven, symbolischen Repräsentation und Identifikation bedienten. Da er dieses strategische Erfordernis einer Demokratisierung von unten nicht zur Kenntnis nimmt, scheint er – wie Stavrakakis und Jäger zutreffend bemerken – stattdessen den Eliten a priori ein »benevolent desire favouring the deepening of democracy« (Stavrakakis/Jäger 2018: 10) zu unterstellen.

2.2.2 Funktionsprobleme liberaler Demokratien als Ursache

Wie auch Canovan und Mouffe hält Cas Mudde die »(re)politicization of politics« (Mudde 2021a: 581) für den Kern der populistischen Botschaft. Populismus ist, kurz gesagt, eine »illiberal democratic response to undemocratic liberalism« (ebd.). Die zentralen Ursachen des Erfolgs populistischer Parteien liegen für Mudde in Funktionsstörungen westlicher Demokratien selbst begründet. Im Kern geht es dabei um die liberale Verrechtlichung – und damit Entpolitisierung – politisch umstrittener Prozesse wie zunehmender Immigration, fortschreitender ökonomischer Privatisierung und Deregulierung oder weitreichender europäischer Integration. Die jeweiligen Entscheidungen waren zwar formal demokratisch legitimiert, fanden aber ohne wirkliche Debatte oder politischen Wettbewerb zwischen den Mainstream-Parteien statt und wurden entweder als alternativlos oder als selbstverständlich dargestellt. In den Begriffen seines Doktorvaters Peter Mair deutet Mudde diese Entkernung der Demokratie als Überhandnehmen von »responsible politics« über »responsive politics« (Mair zit. n. ebd.: 586). Anstatt zu tun, was ihre Wähler*innen wollen, orientieren sich Parteien zunehmend an den scheinbar alternativlosen Anforderungen internationaler Märkte, Handelsabkommen und Verträge. »Depolitisierte Politik« oder »undemokratischer Liberalismus« sind daher die Titel für Muddes Analyse der historischen Situation westlicher Demokratien. Wie etwa auch Chantal Mouffe diagnostiziert er eine Postpolitik, die seit vier Jahrzehnten Alternativlosigkeit und Technokratie propagiert und zur weitgehenden Annäherung von linken und rechten demokratischen Parteien geführt hat. Während die politischen Eliten also inhaltlich – aber auch hinsichtlich ihrer Klassenzugehörigkeit, ihres Bildungsgrads und ihrer Berufswahl (vgl. ebd.: 587) – homogener geworden sind, hat sich unter den Wähler*innen das Bedürfnis verbreitet, gleichberechtigt an politischen Prozessen beteiligt zu werden. Mudde folgt hier der These des politischen Kulturforschers Ronald Inglehart, demzufolge sich seit dem Zweiten Weltkrieg in jüngeren Generationen eine »cognitive mobilization« (Inglehart zit. n. ebd.) vollzieht, durch

die diese besser gebildet werden und ein größeres politischen Selbstbewusstsein gegenüber den politischen Eliten entwickeln.

Einen ähnlichen Kontrollverlust der alten politischen Eliten sieht Mudde schließlich auch in der Medienlandschaft. Der Aufstieg privater Fernseh- und Rundfunkunternehmen seit den 1980er-Jahren sowie der sozialen Netzwerke seit Beginn der 2000er-Jahre hob die Gatekeeper- und Agenda Setting-Macht der Eliten auf und hat die Medienlogik verändert. Die Notwendigkeit, Profite zu erwirtschaften, begünstigt einen Fokus auf (politische) Skandale und Kontroversen, wofür sich populistische Parteien mit ihrer oft personalisierenden, aggressiven und emotionalisierenden Kommunikation selbstredend hervorragend eignen. Durch diese Aufmerksamkeit bei gleichzeitig meist negativem Framing – etwa durch die Hervorhebung von Verbindungen zum Rechtsextremismus sowie aggressiven oder karrieristischen Charakteren – formt die mediale Berichterstattung die öffentliche Meinung über populistische radikal rechte Parteien in großem Ausmaß (vgl. Snipes/Mudde 2020: 9f.).

Auch Jan-Werner Müller hält die westlichen demokratischen Systeme zumindest für mitverantwortlich für den Erfolg populistischer Parteien. Er bezweifelt allerdings die von Cas Mudde zugrunde gelegte Diagnose Peter Mairs. Die vermeintlich historisch einzigartige Krise der Repräsentation durch den Bedeutungsverlust der Volksparteien seit den 1970ern relativiert Müller mit Blick auf die westeuropäische Nachkriegsgeschichte. Gerade was die Partizipation der Bürger*innen an politischen Entscheidungsprozessen betrifft, waren hier die politischen Systeme schon seit 1945 nur sehr eingeschränkt demokratisch. Ein »ausgeprägte[r] Antitotalitarismus der Eliten« (Müller 2016a: 105) und ihr politisches Misstrauen gegenüber den Bevölkerungen verhalf nicht durch Wahlen legitimierten Institutionen wie dem deutschen Bundesverfassungsgericht zu großem politischem Gewicht. Die europäische Integration stand mit ihren weiteren Einschränkungen für den Handlungsspielraum der nationalen Politik keinesfalls im Widerspruch zu diesen Elitendemokratien, sondern ergänzte sie durch einen europäischen Rahmen. Diese politischen Systeme und das geradezu »antipopulistisch[e] Ethos« (ebd.: 106) der Eliten wurden dann in den 1960er und 1970er-Jahren von den 68ern und den Neuen Sozialen Bewegungen erstmals grundsätzlich herausgefordert und in Teilen auch transformiert.

Die heute umkämpften Begrenzungen der Volkssouveränität wie etwa die Überwachung nationaler Haushalte durch die EU-Kommission und Schuldenbremsen in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten deutet Müller vor diesem Hintergrund nicht als neuartige Repräsentationskrise, sondern vielmehr als Fortbestehen und Weiterentwicklung des »stahlharten Gehäuse[s] eingeschränkter Demokratie« (ebd.: 108). Neu ist allerdings, dass die jüngeren fiskalischen Einschränkungen der Volkssouveränität im Vergleich zu den früheren nicht länger als Schutz der Demokratie vor sich selbst legitimiert werden können. Und während früher ein permissiver Konsens der

Massen die fortschreitende EU-Integration zumindest passiv legitimiert hat, polarisiert sie seit dem Maastricht-Vertrag, den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 und der Eurokrise ab 2009 zunehmend. Angesichts dieser Politisierung beklagt Müller es als Versagen der Eliten, dass sie politische Lösungen stets als alternativlos präsentiert haben. Auf diesen technokratischen Antipluralismus reagieren Populist*innen ihrerseits mit einer identitätspolitischen Moralisierung, die keine politischen Ideen vorzuweisen hat (vgl. Müller 2016a: 115). In diesem Kontext ist schließlich der Vorwurf, jemand sei »Populist« oder »Anti-Europäer«, selbst zu einem Mittel der Eliten geworden, sich gegen Kritik etwa an Rettungsmaßnahmen für den Euro zu immunisieren (vgl. ebd.: 31).

2.2.3 Demokratische Repräsentation als Formprinzip des Populismus

Populistische Parteien reagieren also auf strukturelle Transformationen westlicher Demokratien und profitieren von einem Machtverlust traditioneller politischer Eliten. Sie stützen sich dabei in ihrem »democratic extremism« nicht nur ideologisch auf Grundgedanken der Demokratie, sondern berufen sich auch auf in den Wähler*innenschaften weitverbreitete Ansichten und Forderungen. Sie können in diesem Sinne auch hinsichtlich ihrer Repräsentationsfunktion durchaus als eine demokratische Kraft betrachtet werden. Cas Mudde deutet gar das zunehmende Misstrauen gegenüber den politischen Eliten des Mainstreams und die Fragmentierung der Medienlandschaft ohne Weiteres als Selbstermächtigung beziehungsweise »democratization« (Mudde 2021a: 585) angesichts eines undemokratischen Liberalismus. Populismus verleiht dem Ausdruck und ist daher für ihn heute »the main opposition to mainstream, liberal democratic politics« (ebd.: 580). Mudde kontrastiert das mit den faschistischen und kommunistischen Gegenbewegungen des 20. Jahrhunderts, die nicht populistisch waren. Damit deutet er eine Fortschrittsgeschichte an, der zufolge der immerhin demokratische Populismus die früheren, eindeutig extremistischen, also antidemokratischen Bewegungen gegen die liberale Demokratie ablöst.

Der Erfolg vor allem populistischer radikal rechter Parteien in jüngerer Zeit erklärt sich also einerseits aus den genannten strukturellen Veränderungen, andererseits aber erst aus der spezifischen politischen Reaktion darauf. Gemäß seiner programmatischen Abkehr von der Erforschung der Nachfrageseite fordert Mudde, die populistischen radikal rechten Parteien selbst als politische Akteure in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen.

Die meisten der auf die Nachfrageseite fokussierten Arbeiten über die populistische radikale Rechte erzählen eine Geschichte sozialer Veränderung, in der Makro-Prozesse wie der Wertewandel und die Entstehung multikultureller Gesellschaften auf der Mikroebene das Wahlverhalten unter anderem zugunsten populistischer radikal rechter Parteien verschieben. Die offensichtliche Stärke dieser Perspektive ist

es, ähnliche Entwicklungen in sehr unterschiedlichen politischen Kontexten auf geteilte ökonomische, historische oder soziale Prozesse zurückzuführen. Allerdings, so wendet Mudde ein, um den Preis, dass nicht nur oft die genaue Wirkungsweise der gesellschaftlichen Großveränderungen auf individuelle Einstellungen eher unterstellt als erforscht wird, sondern auch und vor allem die sehr unterschiedlichen Mobilisierungserfolge populistischer rechter Parteien in sozial ähnlichen Ländern nicht erklärt werden können. Sowohl die These eines durch den Wertewandel getriebenen »cultural backlash« als Ursache für zunehmende Wahlerfolge populistischer Parteien als auch der Verweis auf ökonomische Ängste krankten für Mudde und Kaltwasser daran, dass kulturelle wie ökonomische Konflikte erst politisiert, das heißt zu *issues* gemacht werden müssen, bevor sie die Parteipolitik beeinflussen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2018: 1677).⁵

Die durch Umfragen ermittelte potenzielle Wähler*innenschaft für populistische radikal rechte Parteien wird oft unzulässigerweise für die tatsächlichen Wähler*innen gehalten. Dabei gerät aus dem Blick, dass diese Parteien, wie andere auch, stets nur einen Teil derer mobilisieren können, die auf Basis ihrer Einstellungen für sie stimmen könnten. Welcher Teil sich warum mobilisieren lässt, kann so nicht geklärt werden (vgl. Mudde 2007: 229f.). Wie und in welchem Ausmaß die Mobilisierung praktisch gelingt, lässt sich laut Mudde am besten auf der Meso-Ebene untersuchen, also mit Blick auf die Familie, Nachbarschaften oder Stadtviertel. Hier kann geklärt werden, wann bestimmte Einstellungen für Wähler*innen wichtiger sind als andere. Solch eine Untersuchung erfordert allerdings die Beachtung der Angebotsseite der Politik (vgl. ebd.: 231). Das sind einerseits externe politische Opportunitätsstrukturen, die durch das jeweilige Wahlsystem, die politische Konstellation der etablierten Parteien oder etwaige kulturelle Images, die der Partei anhängen, geschaffen werden. Andererseits und vor allem aber bestimmten die Parteien selbst darüber, wie gut sie ihre Ideologie, Führungskader und Organisation an die ihnen gegebenen Möglichkeiten anpassen. Was die populistischen radikal rechten Parteien hinsichtlich dieser Angebotsseite einzigartig macht, ist ihre Fähigkeit nativistische, autoritäre und populistische Empfindungen politisch zu vereinen, wo die meisten anderen radikal rechten Parteien nur eines der drei in den Mittelpunkt stellen (vgl. ebd.: 298).

Sie sind »purifiers« (Mudde 2010: 1179), sie gewinnen laut Mudde nicht, indem sie Wähler*innen von neuen politischen Themen überzeugen (wie es etwa die Grü-

5 Gleichwohl bestreiten sie nicht, dass vor allem der Wertewandel weitreichende Auswirkungen auf westliche Parteiensysteme hat. So stehen etwa Parteien der Mainstream-Rechten vor der Herausforderung, sowohl die wachsende Gruppe der Befürworter*innen postmaterieller Werte als auch die Anhänger*innen der autoritären und nativistischen Abwehr gegen diese Entwicklung politisch und programmatisch hinter sich zu versammeln (vgl. Bale/Kaltwasser 2021).

nen Parteien mit dem Umweltschutz taten), sondern indem sie die relative Salienz schon vorhandener Themen zueinander verändern. Vor allem versuchen sie, die Aufmerksamkeit von sozioökonomischen Themen wie Arbeitslosigkeit hin zu sozio-kulturellen wie Immigration zu lenken. Wenn ihre Kernthemen Korruption und politische Skandale, Verbrechen und Terrorismus und Probleme von Immigration und multikulturellen Gesellschaften politisch bedeutsamer werden, spielt ihnen das in die Hände. Wie sehr sie diese Gelegenheit dann zu nutzen vermögen, hängt davon ab, in welchem Ausmaß sie bei ihren zentralen Themen *issue position ownership* erringen können. Das meint das Vertrauen des größten Teils der Wähler*innenschaft darin, dass eine Partei zu einem wichtigen Thema die richtige Position vertritt und am ehesten kompetent ist, etwas zu bewirken (vgl. Mudde 2007: 300).

Genau das ist ihnen laut Mudde seit Anfang des 21. Jahrhunderts bei ihren Kernthemen gelungen. Drei spezifische Krisen – die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen, die Finanzkrise 2008 und die sogenannte »Flüchtlingskrise« 2015 – hätten eine »nie dagewesene Welle islamophober und populistischer Demonstrationen« (Mudde 2021b: 35f.) losgetreten und der populistischen radikalen Rechten für die Themen Immigration und Sicherheit Aufmerksamkeit und Wahlerfolge beschert.

Historisch ist die populistische radikale Rechte in Muddes Augen mit diesen Themen unterdessen zur einzig relevanten populistischen Kraft geworden. Die oft erwartete populistische linke Gegenbewegung hat nicht stattgefunden (vgl. Mudde 2018). Stattdessen ist die radikale Rechte in ihrer populistischen Form nun in einem nie da gewesenen Ausmaß in den Mainstream eingedrungen. Der von Mudde als »vierte Welle« radikal rechter Parteien bezeichnete politische Aufschwung seit 2000 hat ihren durchschnittlichen Stimmanteil in nationalen Parlamentswahlen in den heutigen EU-Mitgliedsländern im Zeitraum von 2010 bis 2018 auf 7,5 % erhöht (gegenüber 4,4 % im Zeitraum von 1990 bis 1999). In immer mehr Ländern gelten sie als koalitionsfähig, regieren mit oder vereinzelt gar alleine. Ihre Ideen werden in breiteren Kreisen diskutiert und zunehmend von Mainstream-Parteien übernommen (vgl. Mudde 2021b: 36).

Jan-Werner Müller widerspricht hier Muddes Einschätzung deutlich. Er erkennt zwar an, dass die Positionen populistischer Parteien teilweise in den Bevölkerungen weit geteilt werden. Er stützt sich dazu auf Hanspeter Kriesis Diagnose einer Konfliktlinie zwischen Integration und Demarkation (vgl. Müller 2016a: 110f.). Allerdings lehnt er die geläufige und auch bei Mudde zentrale Annahme ab, populistische Wahlerfolge gingen auf eine besonders gute Repräsentation gewöhnlicher Bürger*innen zurück. Bilder von »populistischen Wellen« im Sinne einer wachsenden Zustimmung zu populistischen Ideen verdecken laut Müller naheliegendere Beobachtungen: Populistische Parteien profitieren nicht unbedingt, aber lernen von den politischen Erfolgen der anderen (vgl. Müller 2021a) und bis heute ist keine populistische rechte Partei in den westlichen Ländern ohne die »collaboration of establis-

hed conservative elites« (Müller 2017: 5) an die Macht gekommen. So war die Wahl Donald Trumps 2016 vor allem eine Entscheidung republikanischer Wähler*innen für den republikanischen Kandidaten. Damit verengt Müller aber erstens populistischen Erfolg ohne Grund auf Wahlsiege – die bislang tatsächlich selten sind. Und zweitens ist die USA mit ihrer schon lange bestehenden und weiter zunehmenden extremen politischen Polarisierung zwischen den beiden beherrschenden Parteien eher ein Sonderfall unter den westlichen Demokratien, die ansonsten seit Langem von einer entpolitisierenden inhaltlichen Annäherung der Mainstream-Parteien geprägt sind. Recht hat Müller mit Blick auf die vermeintlichen inhaltlichen Erfolge der populistischen Rechten: Viele vulgär als »populistisch« bezeichnete Positionen, etwa die Forderung nach starker Begrenzung von Immigration, gewinnen nicht so sehr an Zuspruch, als sie – sogar bei nominalen Verlusten populistischer Parteien – schlicht weitgehend von konservativen Parteien übernommen werden. Darüber hinaus haben konservative Parteien oft aus strategischen Gründen die Rolle der »enablers« (ebd.: 6) populistischer Parteien gespielt. So protegierte etwa die moderat konservative EVP-Fraktion im Europaparlament die ungarische Fidesz-Partei, um die größte Fraktion zu bleiben. Das Verhalten der etablierten Eliten ist für das Schicksal der Demokratie ebenso bedeutend wie das der rechten populistischen Herausforderer*innen selbst, weswegen Müller dazu aufruft, die konservative Kollaboration mit dem Populismus zu skandalisieren.

2.2.4 Wirkung auf die (liberale) Demokratie

Populistische Ideologie als solche ist gemäß Muddes und Kaltwassers Terminologie nicht per se antidemokratisch, sondern schießt lediglich gegen bestimmte Aspekte der liberalen Demokratie. Welche Auswirkungen populistische Akteure auf ein politisches System haben können, hängt daher von verschiedenen Bedingungen ab. Neben der politischen Macht der populistischen Akteure, den Regeln des politischen Systems sowie der internationalen Einbindung heben Mudde und Kaltwasser dabei vor allem den Grad der Demokratisierung hervor. In autoritären Staaten und im Übergang zur Demokratie wirkt Populismus mit seiner Elitenkritik und seinen Forderungen nach Volkssouveränität und Mehrheitsherrschaft meist demokratisierend, wie etwa im Zerfall sowjetischer Staaten in Zentral- und Osteuropa. In Phasen der vertieften Demokratisierung – das heißt für Mudde und Kaltwasser: während des Aufbaus liberaler Institutionen zum Schutz von Grundrechten – ist Populismus wiederum eher bremsend, da er ungewählte Organe als Beschränkung des Volkswillens ablehnt. In Phasen des Zusammenbruchs bestehender Demokratien wird Populismus mit seiner Kritik bestehender Eliten eher aufseiten des Zerfalls stehen, allerdings sich dem Übergang zu vollends repressivem Autoritarismus wiederum entgegenstellen. Insgesamt befördert Populismus also eher die Demokratisierung autoritärer Systeme, verringert aber die Qualität liberaler Demokratien (vgl.

Mudde/Kaltwasser 2017: 88–96). Dieses Schema beruht natürlich auf der fragwürdigen Annahme, dass das politische Verhalten populistischer Parteien wesentlich von ihrer dünnen populistischen Ideologie bestimmt wird. Tatsächlich ist Populismus aber erstens stets mit anderen Ideologien artikuliert und zweitens sind populistische Parteien immer in konkrete politische Kämpfe um Hegemonie verstrickt, angesichts derer eine solche abstrakte Systematik der Wirkungen fiktiv erscheint.

Empirisch stellen natürlich vor allem populistisch radikal rechte Parteien eine Bedrohung für die Demokratie dar. Mudde schätzte diese Bedrohung in der Vergangenheit im Vergleich zum teilweise panischen öffentlichen Diskurs um »Rechtspopulismus« auffällig gering ein. Auf Grundlage seiner »pathological normalcy«-These hielt er den Einfluss populistischer radikal rechter Parteien auf die Einstellungen der Massen für begrenzt. Da sie lediglich schon vorhandene Überzeugungen zu radikalisieren und die Salienz bestimmter Themen zu steigern versuchen, scheinen sie zumindest als Oppositionsparteien die Einstellungen ihrer Wähler*innenschaft selten langfristig zu verändern (vgl. Mudde 2017b: 531). Eher gelingt es ihnen, den Begriff des Volkes nachhaltig zu verschieben bzw. wieder zurück in die Richtung eines nicht-multikulturellen Verständnisses zu verändern. Das Volk soll wieder vor allem als ethnisch homogen verstanden werden, was Mainstream-Parteien laut Mudde nicht selten aufgreifen (vgl. ebd.: 534).

In seinen späteren Analysen hebt Mudde demgegenüber den Einfluss populistischer radikal rechter Parteien auf die politischen Programme der konkurrierenden Parteien hervor (vgl. Mudde 2021b: 38). Während so radikal rechte Ideologeme zunehmend in den Mainstream vorgedrungen sind, passen sich die Mainstream-Parteien meist vor allem rhetorisch an, während praktische Folgen ausbleiben. Gelangen populistische radikal rechte Parteien allerdings an die politische Macht, können sie politische Systeme durchaus in eine illiberale Richtung verschieben. Sie bedrohen vor allem die Unabhängigkeit der Gerichte und Medien sowie die Minderheitenrechte und streben eine »Ethnokratie« (ebd.: 147) an, die zwar nominell demokratisch verfasst sein, aber strukturell auf der Herrschaft der »eigenen« ethnischen Gruppe basieren soll. Regierungsbeteiligungen populistischer radikal rechter Parteien oder gar Alleinregierungen sind allerdings bislang selten, sodass solche Pläne meist durch Koalitionsparteien, die Öffentlichkeit oder Gerichte verhindert werden können. Auch auf internationaler Ebene können sie zwar die Zusammenarbeit der demokratischen Staaten behindern, wie etwa im Fall des von der populistischen rechten Partei UKIP mit herbeigeführten EU-Austritts Großbritanniens. Allerdings vermögen sie mangels internationaler Koordination und Einigkeit zwischen den populistischen radikal rechten Parteien keine grundlegende Änderung der internationalen Politik herbeizuführen (vgl. ebd.: 145ff.).

Insgesamt besteht Mudde darauf, dass der »authoritarian turn« (Mudde 2017b: 535) in Westeuropa und die hauptsächlichen Bedrohungen für die liberale Demokratie seit den 1980er-Jahren nicht von den populistischen, sondern von den

rechten Mainstream-Parteien ausgingen. Hinsichtlich der Migrationspolitik und der EU-Integrationspolitik etwa wurde der Politikwechsel bereits von den etablierten rechten Parteien unter Einfluss neokonservativer Kräfte eingeleitet, bevor populistische radikal rechte Parteien signifikante Wahlerfolge vorweisen konnten. Auch die Versicherheitlichung der Politik nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde vom rechten Mainstream getragen und bedurfte keiner Unterstützung der populistischen Rechten. Die Mainstream-Linke war dabei entweder unfähig gegenzuhalten oder kooperierte gar (vgl. Mudde 2017b: 536).

Muddes nüchterner Blick auf die reale politische Macht populistischer rechter Parteien ist zwar wohltuend, aber theoretisch wenig abgesichert. Ihr möglicherweise geringer Einfluss auf die Einstellungen der Massen kann nicht vollends beruhigen, wenn in Rechnung gestellt wird, dass die Wirkung politischer Ideologie oft nicht wesentlich von der Mehrheitsmeinung abhängt, sondern von ihrer Rolle in Kämpfen um politische Hegemonie. Muddes Verständnis politischer Ideologien erweist sich hier gewissermaßen als naiv demokratisch. Schon die bloße politische Mobilisierung vorhandener autoritärer Einstellungen kann in politischen Pattsituationen zwischen großen Lagern, wie sie in westlichen Demokratien in den letzten Jahren häufig vorkommen, entscheidende Wirkung entfalten. Entsprechend relativiert sich Muddes Gelassenheit etwas, wenn er konkrete populistische radikal rechte Parteien in den Blick nimmt. Die ungarische Fidesz-Partei begann zwar als populistische radikal rechte Partei, unter ihr wurde aber Ungarn erst zu einer illiberalen Demokratie und ist mittlerweile gar »weder liberal noch demokratisch, sondern ein kompetitiv autoritärer Staat« (Mudde 2021b: 163).

Jan-Werner Müllers stärker liberale Perspektive führt ihn zu einer drastischeren Einschätzung. Populistische Parteien sind für ihn, wie oben dargestellt, per se antidemokratisch, da sie Pluralismus und moderne Repräsentation ablehnen und damit die Idee der modernen Demokratie selbst infrage stellen. Denn etwa Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit unter populistischen Regierungen betreffen nicht nur die rechtsstaatliche Seite moderner Demokratie, sondern ihr Wesen, oder, wie Müller es in seinem jüngsten Buch ausdrückt, die »kritische Infrastruktur für die Demokratie« (Müller 2021b: 15). Müller hält es daher schon länger für verharmlosend, etwa im Falle von Ungarn unter Orbán oder der Türkei unter Erdogan nur von »illiberaler Demokratie« zu sprechen, und plädiert stattdessen für »defekte Demokratie« (Müller 2016a: 76) oder eben »keine Demokratie« (Müller 2019a: 133).

Dennoch berufen populistische Parteien sich auf die Demokratie und versuchen ihre populistische Herrschaftspraxis in einer demokratisch klingenden Sprache zu rechtfertigen. Im Gegensatz zur rechtsextremen offenen Demokratiefeindschaft verursacht diese Strategie politisch weniger Kosten.

Müller hebt drei Herrschaftspraktiken hervor: Erstens okkupieren Populist*innen den Staatsapparat von oben und ersetzen politisch neutrale Beamte mit Par-

tei- und Gefolgsleuten. Behörden, Justiz und Medienkontrollgremien gehören dabei zu den zentralen Angriffspunkten. Wenngleich es eine allgemeine Tendenz zur Verschmelzung von Parteien und Staat gibt, sind die Populist*innen die einzigen, die sich – gestützt auf ihr Selbstbild als einzige wahre Volksvertreter*innen – offen dazu bekennen (vgl. Müller 2016a: 71).

Zweitens sichern populistische Parteien ihre Macht durch Massenklientelismus. Auch hier ermöglicht ihre Ideologie ihnen ein offensiveres Vorgehen als anderen Parteien, die dasselbe verdeckter versuchen. Da für populistische Parteien ohnehin nur bestimmte Bevölkerungsgruppen zum »Volk« gehören, andere aber nicht, können sie die Bevorzugung ihrer Klientel offen rechtfertigen und versuchen, diese als loyale Machtbasis an sich zu binden.

Drittens schließlich unterdrücken populistische Parteien jeglichen zivilgesellschaftlichen Widerstand. Er hat besondere symbolische Bedeutung, da er offenlegt, dass sie selbstverständlich nicht das gesamte »Volk« vertreten. Politische Gegner sind in der populistischen Logik stets verdächtig, nicht wirklich zum Volk zu gehören, sondern ihre Zugehörigkeit nur vorzutäuschen, sich einzuschleichen. Diese Rhetorik des Verdachts- und der Exklusion im Namen des Volkes kann, wo sie ohnehin marginalisierte Gruppen trifft, deren Status als vollwertige und gleichberechtigte Bürger*innen unterminieren (vgl. Müller 2022: 14f.).⁶

Ihre Herrschaftspraktiken versuchen manche Populist*innen dabei auch in veränderten oder neu geschaffenen exklusiven Verfassungen festzuschreiben. Wiederum am Beispiel Ungarns zeigt Müller, wie die Fidesz-Regierung die eigene Macht und die eigenen politischen Vorstellungen in der neuen Verfassung von 2011 der politischen Auseinandersetzung entziehen wollte. Insgesamt zielen alle Praktiken darauf, das angeblich homogene »Volk« erst zu schaffen, auf das die Populist*innen sich schon ständig beziehen (vgl. Müller 2016a: 67–83).

Zumindest dahin gehend ist Müller dicht bei Mudde, dass auch für ihn die für die Demokratie gefährlichen Veränderungen vor allem von populistischen Parteien in Regierungsverantwortung ausgehen.

6 Damit ist das Verhältnis von autoritärem Populismus und Zivilgesellschaft jedoch noch unzulänglich bestimmt. Manche Analysen weisen daraufhin, dass autoritäre populistische Parteien – anders als der historische Faschismus, auf den Müllers Beschreibung an dieser Stelle ebenso gut passen könnte – vor allem dort erfolgreich sind, wo das zivilgesellschaftliche Leben bzw. die Bindung an ihre Organisationen schwach sind. Radikal rechter Populismus »geht auf den Ruinen der Zivilgesellschaft. Er will niemanden organisieren und mobilisiert keine Massen als Schlägertrupps, sondern Vereinzelte zur Stimmabgabe« (Opratko 2024). Anton Jäger hat für das übergreifende Phänomen des immer volatileren, kurzfristigeren politischen Engagements bei gleichzeitig starker Politisierung des Alltags den Begriff »Hyperpolitik« geprägt (vgl. Jäger 2024).

2.2.5 Zusammenfassung

Die Beiträge des *ideational approach* sind theoretisch und politisch weitreichend von ihren Demokratieverständnissen geprägt. Während Mudde und Kaltwasser Demokratie im Kern als Mehrheitsherrschaft und also als nicht notwendig liberal begreifen, kann sie für Müller grundsätzlich nur als liberal verfasste Ordnung existieren. So gestehen Mudde und Kaltwasser dem antiliberalen »demokratischen Extremismus« des Populismus zumindest ein ambivalentes Verhältnis zur liberalen Demokratie zu, während Müller ihn in Gänze als antidemokratisch verwirft. Beide, vor allem aber Müller legen sich damit auf eine antipopulistische Grundhaltung fest. Müller geht darin so weit, jeglichen politischen Rekurs auf »das Volk« und das demokratische Versprechen von Volksherrschaft unabhängig von seiner politischen Ausrichtung als grundsätzlich proto-totalitaristisch zu diskreditieren. Symbolische Repräsentation macht sich für ihn in Gänze der Vergehen schuldig, Interessen zu homogenisieren und die Frage, wer zum Volk gehört, autoritär stillstellen zu wollen. Seinem vorgeblich realistischen Liberalismus taugen nur mehr die formalen Repräsentationsmechanismen des Wahlrechts als im Ernst demokratisch. Damit leugnet er, dass jede Demokratisierung, wo sie nicht von staatlichen Institutionen schon ermöglicht und begrüßt wird, auf die Bündelung und symbolische Repräsentation verschiedener Interessen angewiesen ist.

Zwar sind sich alle Autoren darin einig, dass bestimmte Legitimationsprobleme gegenwärtiger liberaler Demokratien einen Anteil am Zulauf populistischer Parteien haben. Differenzen bestehen aber dahin gehend, wie ernsthaft diese Probleme demokratiethoretisch wirklich sind. Laut Mudde wird die fortschreitende postpolitische (supra-)nationale Verrechtlichung politischer Streitthemen etwa in der Finanz- und Migrationspolitik von den kognitiv mobilisierten und medial emanzipierten Wähler*innen zu Recht immer weniger hingenommen. Müller hingegen will in der Verrechtlichung kein prinzipielles Problem erkennen, da etwa die Begrenzung nationalstaatlicher Souveränität durch die EU-Integration lediglich die eingehegte Demokratie der Nachkriegszeit fortführt und ergänzt.

So bewerten sie auch den politischen Umgang populistischer radikal rechter Parteien mit diesen Legitimationsproblemen unterschiedlich: Mudde und Kaltwasser sehen hier eine demokratische Kraft, ja gar die einzig wirksame Opposition gegen den hegemonialen undemokratischen Liberalismus am Werk. Die populistische Rechte repräsentiert für sie erfolgreich weitverbreitete Einstellungen, indem sie die Salienz der Themen Immigration und innere Sicherheit steigert und sie zugleich effektiv für sich beansprucht. Für Müller hingegen sind populistische rechte Parteien kein antihegemoniales Projekt, sondern mit ihrer antipluralistischen Rhetorik selbst das größte Problem. Gefolgt von konservativen Eliten, die radikal rechte Positionen übernommen und so erst mehrheitsfähig gemacht haben.

2.3 Kapitalismus und politische Ökonomie

Politische Ökonomie spielt für die Vertreter des *ideational approach* weder als soziale Ursache noch als politisches Thema populistischer Parteien eine große Rolle. Im Gegensatz etwa zu den Cleavage-Theorien bestehen sie darauf, dass eine Nachfrage nach populistischer Ideologie stets gegeben ist und nicht durch ökonomische Verwerfungen oder Krisen erklärt zu werden braucht. Zudem gehen sie davon aus, dass ökonomische *policies* populistischer Parteien, wo sie nicht ganz in den Hintergrund treten, eher als Vehikel der populistischen Ideologie und der jeweiligen »vollen« Ideologien dienen denn als tatsächliche politische Agenda. Die gelegentlichen empirischen Bezüge zur Ökonomie in ihren Texten bleiben daher vage. Dennoch kommen sie angesichts des anhaltenden öffentlichen und akademischen Interesses für den Zusammenhang von (rechtem) Populismus und Kapitalismus nicht um eine zumindest vorläufige theoretische Positionierung herum.

2.3.1 Politisch-ökonomische Bedingungen populistischer Mobilisierung

Gemäß ihrer Ideologietheorie differenzieren Mudde und Kaltwasser hinsichtlich des Erfolgs populistischer Parteien nach den verschiedenen ideologischen Elementen. Viele Studien der Wahlforschung fokussieren zur Bestimmung der ausschlaggebenden Nachfragefaktoren ausschließlich auf die Erfolgsbedingungen der nativistischen oder sozialistischen Wirtsideo logien, etwa auf rassistische Einstellungen oder Zustimmung zu ökonomischer Umverteilung. Damit erfassen sie allerdings nicht, welche Rolle die weitverbreitete, wenn gleich oft latente populistische Ideologie spielt und wann ökonomische Verwerfungen zu ihrer politischen Aktivierung beitragen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 99).

Da Populismus um den Gegensatz zwischen dem souveränen und reinen Volk und der korrupten Elite kreist, können ökonomische Entwicklungen ihn dann mobilisieren, wenn sie als Infragestellung bestimmter demokratischer Prinzipien erscheinen. Das kann etwa in Zeiten von »dramatic economic downturns« der Fall sein oder bei Bekanntwerden von »cases of systematic corruption« (ebd.: 100), die Vertreter*innen der Elite als unehrlich offenbaren. Systematische Korruption verorten Mudde und Kaltwasser vor allem in schwachen staatlichen Strukturen wie in Griechenland und Ecuador als Dauerproblem. Ökonomische Verwerfungen bezeichnen sie als treibende Kraft hinter einer Reihe populistischer Mobilisierungen in verschiedenen Kontexten. So sehen sie die »Große Rezession« ab 2007 als Ausgangspunkt der beiden entgegengesetzten nordamerikanischen Bewegungen *Occupy Wall Street* und *Tea Party* (vgl. ebd.: 26). Auch der breite Zuspruch für *Syriza* und *Podemos* ist ohne die Rezession und den teilweise offensichtlich korrupten Umgang der Mainstream-Parteien mit ihr kaum zu verstehen (vgl. ebd.: 100). Zudem macht sich Muddes und Kaltwassers gesamte Periodisierung des lateinamerikanischen Po-

pulismus an ökonomischen Konjunkturen fest: Die erste Welle folgte auf die Great Depression 1929, die zweite auf die Krisen am Ende der 1980er-Jahre, die dritte auf die neoliberalen Reformen in den 1980ern und 1990ern (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 27–32). Dabei bestimmen aber ökonomische Entwicklungen keinesfalls unmittelbar die politischen Folgen: Entscheidender als tatsächliche ökonomische Betroffenheit ist ein verbreiteter »sense of crisis« (ebd.: 106), der auch von Parteien und Medien (mit-)erzeugt sein kann. Zudem sind populistische linke Antworten wie in Griechenland und Spanien nicht die einzige Möglichkeit. Die lateinamerikanischen Populist*innen der zweiten Welle setzten radikal neoliberale Reformen um, begleitet von einer Agitation gegen die »politische Klasse« und den Staat.

Neben diesen konkreten Anlässen können auch systemische Probleme ökonomischer Verteilung populistischer Ideologie in die Hände spielen. So sind nicht zufällig viele Wähler*innen in europäischen Ländern aus der »native« working class« (ebd.: 101) zu populistischen Parteien übergelaufen⁷. Sie fühlten sich von den sozialdemokratischen Parteien im Stich gelassen, die ökonomische Globalisierung und EU-Integration, aber auch Multikulturalismus zu ihrem Programm gemacht haben.

Dahinter steht wieder die schon angesprochene Analyse Peter Mairs, der zu Folge Mainstream-Parteien immer weniger die Repräsentation ihrer Elektorate (»responsiveness«) mit ihrer Rolle als »verantwortungsvolle« Sachwalter ihrer kapitalistischen Volkswirtschaft (»responsibility«) vereinbaren können. Für Mudde und Kaltwasser ist dieser Konflikt der zentrale Grund für eine »growing gap between the elite and the people« (ebd.), die immer wieder populistisch skandalisiert werden kann. Mair selbst benannte wiederum die ökonomische Globalisierung als eine zentrale Ursache hinter der sinkenden wirtschaftspolitischen Autonomie nationaler Regierungen (vgl. Mair 2013: 68). Seine – durch seinen jähen Tod unvollendet gebliebene – Kritik beschränkt sich allerdings auf die Parteienforschungs-Perspektive. Mair entwickelte keine These zum prinzipiellen Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus.

Jan-Werner Müller relativiert die Bedeutung ökonomischer Bedingungen für die Wahl populistischer Parteien sehr viel ausdrücklicher als Mudde und Kaltwasser. Laut ihm ist empirisch weniger die schlechte individuelle wirtschaftliche Lage als Motivation ausschlaggebend, sondern die »Einschätzung, mit dem Land als Ganzem gehe es bergab, die Eliten kümmern sich nicht oder seien inkompetent«

7 Dieser These hat Cas Mudde 2019 allerdings selbst widersprochen. Es ist demnach vielmehr eine verbreitete Fehlwahrnehmung, dass die Wähler*innen der populistischen radikalen Rechten hauptsächlich aus der weißen Arbeiter*innenklasse kämen und zuvor sozialdemokratisch wählten. Stattdessen sind ihre Wähler*innen meist nicht aus der Arbeiter*innenklasse und die Mehrheit dieser Klasse wählt nicht die populistische radikale Rechte (vgl. Mudde 2019).

(Müller 2016a: 34). Die aber ist, so legt Müller nahe, erst einmal normativ begründet, und ihr Verhältnis zu wirtschaftlichen Kennzahlen daher durchaus unklar.

Diese Unklarheit kommt Müller offenbar sehr gelegen. In seinem Buch liefert er kaum gesellschaftlichen oder ökonomischen Kontext für die »moralistische« Empörung, die er im Populismus beklagt und lässt sie damit umso mehr als anlasslose ideologische Verirrung erscheinen. Der Vorwurf der Korruption taucht ausschließlich als Ideologieelement des populistischen Redens über vermeintliche »Eliten« auf, nicht als tatsächliches Phänomen. Auch zweifelt er ausdrücklich die Kritik Wolfgang Streecks an, bei der Europäischen Union handle es sich um eine »Fassadendemokratie« (Streeck 2015: 241), da ihr jede wirksame Einmischung in kapitalistische Marktprozesse verfassungsmäßig untersagt sei. Die europäische Schuldenbremse, verpflichtende Haushaltsdisziplin und Durchgriffsrechte auf nationale Haushalte sind für Müller zumindest im Prinzip demokratietheoretisch unbedenklich, da sie überkommene Einschränkungen der Demokratie lediglich fortführen. Die systematische Sabotage einer auch sozialen Demokratisierung durch ihr entgegenwirkende kapitalistische Produktionsverhältnisse stellt für Müller kein grundsätzliches Problem dar. In seiner liberalen Perspektive tauchen ökonomische Zwänge auf den Einzelnen und das staatliche Gemeinwesen lediglich als »illegitime Macht« der »Märkte« (Müller 2016a: 110) auf. Dass sie als Institutionen »Macht produzieren« (ebd.: 109) ist unumgänglich, sie können lediglich besser oder schlechter reguliert werden.

Eine explizite Kritik an dem, was Mudde »undemokratischen Liberalismus« nennt, am Neoliberalismus oder gar am Kapitalismus per se findet sich bei Müller nicht. An der schärfsten Stelle heißt es mit Blick auf die schwindende Repräsentation der sozioökonomisch Schwächsten lediglich: »all is not well with existing democracies in Western Europe and North America« (Müller 2016b: 59). Das passt zu Müllers Distanzierung von den Versprechen der Demokratie und seinem faktischen Übergehen des europäischen Linkspopulismus. Beides würde ihm anderenfalls eine Beschäftigung mit Klassenverhältnissen und ökonomischen Bedrohungen der Demokratie aufnötigen.

2.3.2 Ökonomische Themen in der Ideologie populistischer radikal rechter Parteien

In einem früheren theoretischen Versuch über die Rolle kapitalistischer Ökonomie für den Erfolg populistischer radikal *rechter* Parteien wendet Mudde sich ausdrücklich gegen die starke Bezugnahme auf ökonomische Krisen und ähnliche gängige Vorstellungen der (Rechts-)Populismusforschung.

Erstens haben ökonomische Krisen keinen solch wichtigen begünstigenden Einfluss, wie oft zu lesen ist. Und zwar weil populistische radikal rechte Parteien bei ökonomischen Themen für gewöhnlich keine *issue ownership* erreichen und also von

der höheren Salienz in Krisenzeiten nicht profitieren. Daher stellen sie diese Themen auch selbst nicht in den Mittelpunkt (vgl. Mudde 2007: 206).

Zweitens ist ihre ökonomische Agenda nicht unbedingt neoliberal ausgerichtet, wie viele Arbeiten nach wie vor annehmen. Laut Mudde entspringt dieses Missverständnis einerseits aus der empirisch-politikwissenschaftlichen Definition von »rechts«: Rechte Ideologie wird dort eben als ökonomische Position operationalisiert, die Marktprozessen statt der Steuerungsfähigkeit des Staates vertraut. Zweitens haben mit Hans-Georg Betz und Herbert Kitschelt zwei einflussreiche Parteienforscher früh Neoliberalismus als Kernmerkmal populistischer rechter Ideologie eingeführt. Selbst in ihren Anfängen dienten sich laut Mudde aber viele populistische radikal rechte Parteien höchstens mit neoliberaler Rhetorik dem Zeitgeist der 1980er an, ohne aber ein konsistent neoliberales Programm zu entwickeln. Sie legten sich weder auf Forderungen nach niedrigeren Steuern, noch nach Deregulierungen oder Privatisierungen fest. Die meisten prominenten Vertreter*innen verfolgen vielmehr spätestens seit den 1980er-Jahren eine wohlfahrtsstaatschauvinistische Linie. Sie akzeptieren grundsätzlich den Kapitalismus und orientieren sich am ehesten am christdemokratischen Verständnis sozialer Marktwirtschaft. Allerdings sind für sie staatliche Eingriffe in Marktprozesse nicht aus einem Gedanken der Nächstenliebe heraus notwendig, sondern um die Wirtschaft in den Dienst der Nation zu stellen. Diese »nativist economics« (ebd.: 122) erlauben gleichwohl eine große Variation des gewünschten Grades an staatlicher Einmischung – von *laissez faire* bis weitgehender Staatswirtschaft. Kapitalistische Marktwirtschaft innerhalb des Nationalstaates ist aus dieser nativistischen Perspektive begrüßenswert, europäische oder globale Märkte und Freihandel hingegen werden verdächtigt, der eigenen Nation zu schaden. Ähnlich wird der Wohlfahrtsstaat prinzipiell und für die Angehörigen der eigenen Nation unterstützt und soll nicht selten ausgedehnt werden. Zugleich steht er in Verdacht, »eigenen«, vor allem aber ethnisch, kulturell oder sonst wie »fremden« »Sozialschmarotzern« als Hängematte zu dienen. Privatisierungen werden gegebenenfalls unter der Einschränkung gefordert, die Betriebe müssten dabei in der Hand von »natives« bleiben und national wichtige Sektoren der Ökonomie müssten staatlich kontrolliert bleiben (vgl. ebd.: 125).

Drittens ist das ökonomische Programm für Ideologie und Erfolg der populistischen radikal rechten Parteien insgesamt zweitrangig. Wirtschaftspolitische Positionen und *talking points* leiten sich von den Kernideologemen Nativismus, Autoritarismus und Populismus ab und dienen ihnen. Sie sind daher oft politisch rein instrumentell und opportunistisch gestaltet. Sie erhalten in Programmen und Propaganda wenig Aufmerksamkeit (vgl. ebd.: 132f.). Und auch für ihre Anhänger*innen scheinen sozioökonomische Themen zweitrangig zu sein. Sicher ist, dass die Wähler*innenbasis populistischer radikal rechter Parteien klassenübergreifend zusammengesetzt ist, mit leichten Schwerpunkten sowohl unter den Selbstständigen als auch den Arbeiter*innen (vgl. ebd.: 135). Zwar verdanken sich die Wahlerfolge in den

1990er-Jahren einer vorübergehenden Proletarisierung der populistischen Rechten, da sich immer mehr weiße männliche Arbeiter von der marktwirtschaftlich orientierten Sozialdemokratie des »Dritten Weges« abwendeten. Und auch heute gehören laut Mudde einige populistische rechte Parteien hinsichtlich der Klassenbasis zu den stärksten »Arbeiterparteien« ihres Landes. Dennoch geht die verbreitete öffentliche Wahrnehmung, weiße männliche Arbeiter stellten die Kernklientel der populistischen Rechten, an der Realität vorbei. Mit zunehmendem Erfolg der populistischen Rechten werden ihre Wähler*innenschaften heterogener, sodass die erfolgreichsten unter ihnen sich bereits »von Arbeiterparteien in Volksparteien« (Mudde 2021b: 106) verwandelt haben.

Schließlich widerspricht Mudde der in Bezug auf rechte, also auch populistische rechte Parteien nach wie vor populären Annahme, sie stecken mehr oder weniger direkt mit einflussreichen Kapitalinteressen unter einer Decke. Dieser Verdacht geht wahrscheinlich auf die Nachwirkungen vulgarisierter marxistisch-leninistischer Faschismustheorien zurück. Die Stoßrichtung dieser Theorien fasst wohl am prägnantesten die Formulierung des letzten Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff zusammen, der Faschismus sei die »offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Dimitroff 2002: 5).

Mudde hält dem entgegen, dass das Großkapital heute wie auch in der Vergangenheit weniger ein verlässlicher Förderer populistischer radikal rechter Parteien ist, als vielmehr gegebenenfalls und zu gegebener Zeit deren Erfolg zu nutzen versucht. Während ihre politische Marginalität populistische radikal rechte Parteien bislang gegenüber konservativen Mainstream-Parteien wenig nützlich für das Großkapital erscheinen ließ, könnte sich das mit ihrem zunehmenden Erfolg ändern. Grundsätzlich sind große Unternehmen als Repräsentanten und Profiteure des Kapitalismus jedoch skeptisch gegenüber Radikalen und politischen Außenseitern. Sie bevorzugen es, ihre Interessen in systemkonformen Wegen zu artikulieren. Das schließt jedoch nicht aus, dass das große Kapital durch seinen Einfluss in Politik und Medien indirekt und direkt zum Erfolg der populistischen Rechten beiträgt. Oben wurde bereits dargestellt, wie die Kommerzialisierung der etablierten Medien sowie die privat betriebenen sozialen Netzwerke eine Aufmerksamkeitsökonomie schaffen, die der populistischen Rechten entgegenkommt (siehe Abschnitt 2.2.2). Darüber hinaus erleichtert die fortschreitende Konzentration einflussreicher Medien in wenigen Unternehmen politische Beeinflussung gemäß der beteiligten Kapitale. Die radikale Rechte versucht umgekehrt, sich dem großen Kapital zu empfehlen, indem sie nie die kapitalistische Produktionsweise als solche infrage stellt, sondern höchstens dem globalisierten Kapitalismus nationale Einhegung androht. Anstatt ideologischer Nähe oder politischer Freundschaft sieht Mudde in der Beziehung von populistischer radikaler Rechter und Großkapital

eine »marriage of convenience« (Mudde 2020: 304), die hält, wenn und solange sie beiden Partnern nützt.

2.3.3 Zusammenfassung

Geprägt durch seinen deskriptiven Ideologiebegriff hat der *ideational approach* kein genuines Interesse am Einfluss politisch-ökonomischer Verhältnisse auf den Erfolg populistischer Parteien. Er unterstellt keinen prinzipiellen Zusammenhang zu Wirtschaftskrisen, Sozialabbau oder Prekarisierung, sondern hält sie nur für relevant, wo sie als Verletzung demokratischer Prinzipien erfahren werden. Wo Ökonomie üblicherweise in die Parteienforschung einfließt – als individuelle wirtschaftliche Lage und wirtschaftspolitische Interessen der Wähler*innen selbst – lenkt Muddes These von einer »pathological normalcy« die Aufmerksamkeit stattdessen auf die politische Angebotsseite. Doch auch dort gelten ökonomische *policies* nicht in erster Linie als Reaktion auf tatsächliche ökonomische Veränderungen, sondern als Vehikel der ideologischen Kernelemente, also des Populismus und, bei den populistischen radikal rechten Parteien, des Nativismus und des Autoritarismus.

Die von ihnen kritisierte »moralistische Empörung« stellen Mudde und Kaltwasser sowie Müller daher kaum in einen größeren ökonomischen Kontext. Korruption unter den Eliten etwa taucht nur als populistisches Ideologeelement, nicht als reales Phänomen auf. Das wiederum stützt die besonders bei Müller offen anti-populistische Position, es handele sich beim Populismus um eine nicht nur antidemokratische, sondern auch grundlose und also unverständliche ideologische Verirrung.

Für populistische radikal rechte Parteien kann Mudde feststellen, dass diese weder Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt ihrer Agenda stellen noch im Durchschnitt besonders neoliberal positioniert sind. Entsprechend kann er auch keine besondere Affinität des Großkapitals zu radikal rechten populistischen Parteien erkennen.

2.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme

Der *ideational approach* der Populismusforschung ist theoretisch um seinen Ideologiebegriff herum aufgebaut. Seine Stärken und Schwächen hängen am deskriptiven, positivistischen Verständnis politischer Ideologie. Mit Michael Freeden betrachtet er jegliche Interpretation der politischen und sozialen Welt als Ideologie, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt und von den verschiedenen Motiven und Interessen, die sich in ihr ausdrücken mögen. Das ermöglicht ihm einerseits, Populismus als gesellschaftliches Phänomen zu benennen. Die Elemente populistischer

Ideologie sind in abgeschwächter Form in westlichen Demokratien weit verbreitet und treten in der breiten Bevölkerung sowie in der Elite über Gruppengrenzen hinweg auf. Freedens Konzept der »dünnen Ideologie« ermöglicht es den Autoren, diese minimalen Elemente populistischer Ideologie jenseits einer Verbindung mit sozialistischen oder konservativen Ideologien oder gar einer konkreten Parteiideologie empirisch handhabbar zu machen. So können sie auch für die Suche nach den Ursachen des Erfolgs populistischer Parteien die wichtige Differenzierung formulieren, dass populistische Ideologieelemente für diesen Erfolg keineswegs immer ausschlaggebend sind. Stattdessen müssen aus dieser Perspektive populistische linke und rechte Parteien mit ihren konkreten ideologischen Konstellationen und ihren Kämpfen um Themen und Positionen ins Zentrum der Forschung rücken.

Allerdings setzt der positivistische Ideologiebegriff dem *ideational approach* zugleich auch Grenzen. Er fragt nicht, wie angemessen oder unangemessen populistische Ideologie die gesellschaftliche Realität darstellt. Seine Vertreter*innen kritisieren Populismus nicht, weil er falsch wäre, sondern weil er normativ von ihrem pluralistischen, liberalen Demokratieverständnis abweicht.

Der positivistische Ideologiebegriff fragt nicht nach den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, in denen populistische Ideologie verbreitet und rezipiert wird. So benennen zwar Mudde und Kaltwasser einige Legitimationsprobleme des demokratischen Systems als Ursache für den Erfolg des Populismus, darunter die Verrechtlichung gesellschaftlicher Streitfragen, die postpolitische Annäherung der großen Mainstream-Parteien und die Verlagerung politischer Gestaltungsmacht auf die supranationale Ebene. Ob der populistische Protest sich aber überhaupt explizit gegen diese Entwicklungen richtet und ob er dabei plausible Analysen und Vorschläge präsentiert, ist unwichtig, beziehungsweise im Rahmen des positivistischen Ideologiebegriffs schlicht nicht zu entscheiden. Insbesondere die inhaltlichen Differenzen zwischen populistischen linken und populistischen rechten Ideologien würden aus diesem Blickwinkel wohl deutlich schärfer hervortreten, als sie es im *ideational approach* tun.

Das begriffliche Herauspräparieren eines gleichbleibenden Kerns populistischer Ideologieelemente ist nur durch dieses Absehen von ihren unterschiedlichen politischen Ausformulierungen und von den verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten und Funktionen möglich – aber eben daran scheitert es auch. Die Minimaldefinitionen des Populismus bei Mudde und Kaltwasser sowie bei Müller verstricken sich in Widersprüche und sind implizit politisch aufgeladen. Mudde und Kaltwasser beharren darauf, dem Populismus einen notwendig homogenen Volksbegriff zu attestieren. Das aber trifft, wie auch Müllers Kriterium des Antipluralismus, für populistische linke Parteien kaum zu. Obwohl die Autoren der sonstigen Populismusforschung vorwerfen, sich beinahe ausschließlich mit der populistischen Rechten zu beschäftigen, schreiben sie selbst unausgewiesenermaßen vorrangig über und gegen sie. Unter der Hand fassen sie Populismus so weit und

stellen ihn zugleich als so problematisch dar, dass der Begriff einer prinzipiellen Warnung vor radikalen und antielitären Bewegungen gleichkommt.

Da sie die moralistische Empörung im Populismus kaum kapitalismuskritisch oder gesellschaftskritisch einordnen, bedienen sie das antipopulistische Vorurteil, hier handele es sich um eine moralisch fragwürdige und eigentlich grundlose ideologische Erregung.

Das wird verstärkt durch das liberal-pluralistische Demokratieverständnis des *ideational approach*, das, anders als antagonistische Theorien wie etwa jene Chantal Mouffes, die Möglichkeit eines harmonischen Nebeneinanders der Gruppeninteressen in gegenwärtigen westlichen Gesellschaften suggeriert. Eine moralistische Polarisierung zwischen »Volk« und »Elite« erscheint vor diesem Hintergrund leicht als erster Schritt zum antidemokratischen Totalitarismus. Insbesondere Müller ist jede symbolische Homogenisierung unterschiedlicher Interessen in der politischen Repräsentation so verdächtig, dass er die Berufung auf »das Volk« und auf »demokratische Versprechen« am liebsten vollständig verbannen möchte. Damit markiert er einen Abgrund des Verständnisses von Populismus als »dünner Ideologie«: Die Unterscheidung zwischen einem diskriminierenden Populismus auf Kosten ohnehin randständiger Minderheiten und einem demokratisierenden Populismus von unten, der sich gegen tatsächlich mächtige Eliten richtet, verschwindet bei dem Versuch, möglichst allgemeingültige Ideologeelemente zu bestimmen. Dieser Essentialismus verliert aus dem Blick, dass dieselben populistischen Ideologeelemente in verschiedenen ideologischen Konstellationen und vor allem verschiedenen praktischen Anwendungen durchaus unterschiedliche implizite Bedeutungen erhalten können. Anders gesagt: Das Grundproblem des *ideational approach* ist seine Festlegung darauf, die populistische Praxis und ihre Wirkung von der populistischen Ideologie her zu verstehen. Die Ideologie erscheint als fest gefügt und wird in der Praxis lediglich mehr oder weniger weitreichend verwirklicht. Die umgekehrte Möglichkeit wird dabei gar nicht erst erwogen: Könnte es nicht sein, dass die populistische Ideologie in erster Linie den praktischen Zielen konkreter Parteien dienen soll und daher nicht nur ihrer Maßgabe folgen muss, sondern auch manipulativ eingesetzt werden kann?